

SCHRIFTENREIHE
DES HOCHSCHULCAMPUS
KLEINSTADTFORSCHUNG

WORKING PAPER 7

Digitale Bürgerbeteiligung in Kleinstädten

Eine Analyse der Beteiligungspraxis in fünf Kleinstädten

Forschungsprojekt

Hanna Kribbel
Neuland21 e.V.
Zeitraum: 01/2023 – 09/2023

Forschungsförderung – Kleinstadtforschung im Rahmen des Projektes
„HochschulCampus KleinstadtForschung (HCKF)“

Bei dem HochschulCampus KleinstadtForschung handelt es sich um ein Modellvorhaben, das im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gefördert wurde.



Impressum

In Kooperation mit:



BTU Cottbus-Senftenberg

HochschulCampus KleinstadtForschung (HCKF)

Prof. Dr.-Ing. Silke Weidner

Postfach 101344

03013 Cottbus

Durchführung:



neuland21 e.V.

Hanna Kribbel

Klein Glien 25

14806 Bad Belzig

hanna.kribbel@neuland21.de

Herausgeber:innen HCKF:

Prof. Dr.-Ing. Silke Weidner

Prof. Dr. Nina Gribat

Prof. Dr.-Ing. Bernhard Weyrauch

ISSN: 2940-6366

DOI: 10.26127/BTUOpen-6593

Bei dem HochschulCampus KleinstadtForschung handelt es sich um ein Modellvorhaben, das im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gefördert wurde.

Zitiervorschlag:

Kribbel, Hanna (2023): *Bürgerbeteiligung in Kleinstädten. Eine Analyse der Beteiligungspraxis in fünf Kleinstädten*. Cottbus: HochschulCampus KleinstadtForschung (Hrsg.), Working Paper 7.

Cottbus, Dezember 2023

Zusammenfassung

Bürgerbeteiligung ist in Kleinstädten bereits gängige Praxis, wobei zunehmend digitale Plattformen für die Umsetzung von Beteiligungsprojekten zum Einsatz kommen. Diese bringen mehrere Vorteile mit sich: Erstens können Zielgruppen, die sich mit analogen Formaten nur schwer aktivieren lassen, erreicht und dadurch insgesamt die Teilnehmendenzahl gesteigert werden. Zweitens erfolgt die gesamte Abwicklung der Projekte, angefangen von der Bereitstellung von Informationen über die Durchführung von Beteiligungsprojekten bis hin zur Dokumentation, zentral auf einer Plattform. Drittens generieren digitale Plattformen Daten, die einerseits zur Auswertung von durchgeführten aber auch zur Ausrichtung und Verbesserung neuer Projekte eingesetzt werden können. Viertens sollen digitale Plattformen Kosten und Arbeitszeit einsparen. Angesichts der knappen finanziellen und personellen Ressourcen in kleinstädtischen Verwaltungen und dem generellen Problem, dass mit analogen Beteiligungsprojekten häufig nur eine eingeschränkte Zielgruppe erreicht wird, sind diese Vorteile zentral. Darüber hinaus leistet die Nutzung digitaler Beteiligungsformate einen Beitrag zum Bestreben, die digitale Transformation in kleinstädtischen Verwaltungen voranzutreiben.

Ob diese Vorteile digitaler Beteiligungsplattformen sich in der Beteiligungspraxis von Kleinstädten bereits verwirklichen lassen, ist bisher noch nicht erforscht. Ebenso gibt es erst wenige wissenschaftlich begleitete Beispiele, wie digitale Bürgerbeteiligung in Kleinstädten umgesetzt wird. Die zentralen Forschungsfragen, die mit diesem Forschungsprojekt beantwortet werden, lauten daher:

Wie erfolgt die Umsetzung digitaler Bürgerbeteiligungsprojekte in ausgewählten Kleinstädten? Inwieweit können Kleinstädte die viel diskutierten Chancen digitaler Beteiligung bereits in die Realität umsetzen? Welche sind die zentralen Hindernisse?

Methodisches Vorgehen

Für die Studie wurden fünf Kleinstädte in Deutschland ausgewählt, die bereits digitale Bürgerbeteiligung umsetzen: Amt Hüttener Berge (Schleswig-Holstein), Merzenich (Nordrhein-Westfalen), Hebertshausen (Bayern), Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) und Guben (Brandenburg). Das methodische Vorgehen umfasste die Durchführung von leitfadengestützten Interviews mit Mitarbeiter:innen aus der städtischen Verwaltung sowie die Auswertung von Nutzungsdaten (bspw. Registrierungen, Teilnehmendenzahlen im Zeitverlauf, Zugriff auf die Plattform und auf einzelne Projekte, Aufenthaltsdauer, Zugriffsgeräte) der fünf eingesetzten Plattformen.

Ergebnisse

In der Analyse des Umsetzungsprozesses der digitalen Beteiligungsprojekte wurde deutlich, dass die erwarteten Vorteile digitaler Plattformen sich zum Teil bereits bewahrheiten. Insbesondere bei der Bereitstellung von Informationen zu städtischen Vorhaben und der Dokumentation von Beteiligungsprozessen erweisen sich die Plattformen als sehr wertvoll – unter anderem für die Nachverfolgbarkeit und somit Legitimierung städtischer Entscheidungen.

Darüber hinaus erfuhr das Thema Beteiligung in allen untersuchten Kleinstädten durch die Einführung einer digitalen Beteiligungsplattform wieder größere Aufmerksamkeit, sowohl auf Seiten von Politik und Verwaltung als auch auf Seiten der Bürger:innen.

Gleichzeitig haben sich bei der Analyse des Umsetzungsprozesses von Beteiligungsprojekten deutliche Herausforderungen gezeigt. Die größten liegen dabei in der Steigerung der Teilnehmendenzahl, der Ansprache spezifischer Zielgruppen sowie der sorgfältigen Durchführung von Projekten bei gleichzeitigem Effizienzanspruch. Viele der Ursachen für diese Herausforderungen haben strukturelle Wurzeln: Die für digitale Bürgerbeteiligung Zuständigen sind aufgrund eines vielfältigen Aufgabenspektrums häufig überlastet und es fehlt ihnen teilweise der spezifische Wissenshintergrund für digitale Beteiligung. Verstärkend kommt hinzu, dass die untersuchten Kleinstädte bisher noch keine Leitlinien für die Durchführung von (digitalen) Beteiligungsprojekten etabliert

haben. Solche Leitlinien könnten als Richtschnur dienen und die Qualitätssicherung dieser Projekte unterstützen.

Für die Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Beteiligungsplattformen und zur Optimierung ihrer Einsatzmöglichkeiten ergeben sich verschiedene Handlungsfelder für Kommunen:

Erstens sollten Kommunen bei der Planung von Beteiligungsprojekten immer abwägen, ob mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen eine angemessene Begleitung und Auswertung des Projekts realisierbar ist. Die Einführung von klaren Leitlinien kann dabei helfen, Projekte effizient durchzuführen und somit Ressourcen zu sparen, ohne Abstriche in der Projektqualität zu machen.

Zweitens sollte der Steigerung der Teilnehmendenzahlen oberste Priorität eingeräumt werden, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten. Dies erfordert eine strategische Öffentlichkeitsarbeit, präzise Kommunikation und die Auswahl geeigneter Beteiligungsmethoden.

Drittens liegt in der Auswertung von Nutzungsdaten ein großes Potenzial, das jedoch bisher noch kaum ausgeschöpft wird. Diese Daten können nicht nur zur Ergebnispräsentation genutzt werden, sondern liefern auch wertvolle Informationen zur Ausrichtung zukünftiger Projekte. Dabei ist der Datenschutz zentral und die Verwendung datenschutzkonformer Webanalyse-Tools erforderlich.

Viertens sollten Kleinstädte Unterstützungsstrukturen auf Bundes- und Landesebene nutzen, die die Auswahl von Beteiligungsplattformen und die Umsetzung von Projekten erleichtern. Solche Strukturen sind in einigen Bundesländern bereits etabliert und bieten Hilfestellung, Beratung und Dienstleistungen, die den Kommunen bei begrenzten Ressourcen und Fach- wie Erfahrungswissen eine wertvolle Unterstützung bieten können.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Was ist Bürgerbeteiligung? Bestimmung der wichtigsten Begriffe	8
3	Bürgerbeteiligung in Kleinstädten: die Ausgangslage.....	11
3.1	Etablierte Wege informeller Interessenvertretung und Einflussnahme	11
3.2	Herausforderungen für formelle und informelle Bürgerbeteiligung.....	12
3.3	Digitale Bürgerbeteiligung als Chance?	13
4	Die Studie	15
4.1	Anlass der Untersuchung und Forschungsfragen.....	15
4.2	Methodisches Vorgehen	15
4.3	Überblick: Kleinstädte und ihre Beteiligungsplattformen	16
5	Ergebnisse: Querschnittsanalyse der digitalen Beteiligungspraxis der fünf Kleinstädte	22
5.1	Einführung einer digitalen Beteiligungsplattform: Anlass und Motive	23
5.2	Einführungs- und Nutzungsziele für Online-Plattformen.....	24
5.3	Auswahl des Plattformanbieters: Ablauf und Kriterien.....	25
5.4	Zuständigkeit in der Verwaltung	26
5.5	Umfang und Art der Beteiligungsverfahren	27
5.6	Durchführungsprozess der Beteiligungsverfahren.....	31
6	Erfolge und Herausforderungen bei der Umsetzung digitaler Bürgerbeteiligung.....	37
6.1	Wie die untersuchten Kleinstädte das Potenzial digitaler Beteiligung bereits nutzen.....	37
6.2	Herausforderungen bei der Umsetzung digitaler Bürgerbeteiligung	38
7	Handlungsempfehlungen für Kommunen.....	42
8	Fazit.....	44
	Literaturverzeichnis.....	46
	Anhang	48

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Ladder of Citizen Participation nach Arnstein (eigene Darstellung)	9
Abb. 2: das fünfstufige IAP2-Spektrum der <i>International Association for Public Participation</i> (eigene Darstellung).....	9
Abb. 3: Screenshot der Beteiligungsplattform Amt Hüttener Berge auf Basis von <i>adhocracy+</i> (Quelle: Beteiligungsplattform Amt Hüttener Berge)	17
Abb. 4: Screenshot der Beteiligungsplattform <i>Mitmachen Guben</i> von <i>CONSUL</i> (Quelle: <i>Mitmachen Guben</i>)	18
Abb. 5: Screenshot der Beteiligungsplattform von <i>nonconform</i> im Rahmen des Projekts <i>Neue Holzschleiferei</i> (Quelle: <i>nonconform</i>)	18
Abb. 6: Screenshot der Beteiligungsplattform <i>Bad Dürkheim im Dialog</i> von <i>CitizenLab</i> (Quelle: <i>CitizenLab</i>).....	19
Abb. 7: Screenshot der Beteiligungsplattform <i>Beteiligung NRW: Merzenich</i> des Digitalministeriums NRW (Quelle: <i>Beteiligung NRW</i>).....	20
Abb. 8: Überblick der untersuchten Kleinstädte und der genutzten Beteiligungsplattformen (eigene Darstellung).....	21
Abb. 9: Grafische Darstellung der Kapitelgliederung (eigene Darstellung)	22
Abb. 10: Screenshot des Aufrufs zur Stellungnahme zu einem Bauleitplan in Merzenich (Quelle: <i>Beteiligung NRW</i>).....	28
Abb. 11: Screenshot der Ankündigung des Jugendkongress in Bad Dürkheim (Quelle: <i>Bad Dürkheim im Dialog</i>)	28
Abb. 12: Screenshot einer Umfrage zur Tourismusstrategie in Amt Hüttener Berge (Quelle: Beteiligungsplattform Amt Hüttener Berge).....	29
Abb. 13: Screenshot der <i>nonconform</i> Ideenwand im Projekt <i>Neue Holzschleiferei</i> (Quelle: <i>nonconform</i> Bürgerbeteiligung in Hebertshausen)	30
Abb. 14: Screenshot des Analyse-Tools der Beteiligungsplattform Amt Hüttener Berge (Quelle: <i>matomo</i> , Amt Hüttener Berge)	36

1 Einleitung

Digitale Formen der Bürgerbeteiligung und der Einsatz digitaler Plattformen sind bereits fester Bestandteil von Beteiligungsvorhaben in vielen Groß- und Mittelstädten. Aber auch Kleinstädte setzen vermehrt auf digitale Beteiligungsformate – nicht zuletzt angeschoben durch die Covid-19-Pandemie.

Dabei gehen mit der Nutzung digitaler Beteiligungsformate zahlreiche Versprechen einher: Eine größere Anzahl an Teilnehmer:innen soll erzielt werden bei gleichzeitig niedrigeren Kosten, bisher unerreichte Zielgruppen sollen integriert und so ein umfassenderes Meinungsbild entstehen. Besonders für Kleinstädte sind diese Versprechen attraktiv, da sie oft mit begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen haushalten müssen und insbesondere niedrige Beteiligungszahlen eine der größten Herausforderungen darstellen.

Der Einsatz digitaler Tools ist jedoch kein Garant für eine gute Beteiligungspraxis. Ob Kleinstädte das Potenzial digitaler Beteiligungsformate für sich umsetzen können, ist bislang unerforscht. Ebenso gibt es erst wenige wissenschaftlich begleitete Beispiele, wie digitale Bürgerbeteiligung in Kleinstädten umgesetzt wird. Die vorliegende Studie trägt dazu bei, diese Forschungslücke zur digitalen Bürgerbeteiligung in Kleinstädten zu schließen. Dafür wurden fünf Kleinstädte, die bereits digitale Beteiligung umsetzen, ausgewählt und ihre Beteiligungspraxis analysiert. Die ausgewählten Kleinstädte – Guben, Hebertshausen, Amt Hüttener Berge, Merzenich und Bad Dürkheim – unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl, geografischen Lage und ihrer Stadtgliederung. Zudem setzen sie alle unterschiedliche Beteiligungsplattformen ein. Die empirische Erhebung umfasst zum einen qualitative Interviews mit den zuständigen Beteiligungs Koordinator:innen und zum anderen die Auswertung von Nutzungsdaten, die von den digitalen Beteiligungsplattformen generiert werden.

Die Darstellung der Ergebnisse beginnt mit einer Skizzierung der Ausgangssituation in den untersuchten Kleinstädten und der Vorstellung der jeweils eingesetzten Beteiligungsplattformen. Anschließend wird die Beteiligungspraxis der fünf Kleinstädte analysiert und hier zunächst die Rahmenbedingungen und die Ausgangssituation in den Verwaltungen in den Blick genommen. Anschließend geht es um die Durchführung von digitalen Beteiligungsverfahren und es werden die einzelnen Schritte im Beteiligungsprozess analysiert. Neben einer systematischen Dokumentation der gängigen Praxis wird auch berücksichtigt, inwiefern die Rahmenbedingungen förderliche oder hinderliche Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung darstellen und inwiefern die Kleinstädte ihre selbst gesteckten Ziele verwirklichen können.

Abschließend wird die Frage beantwortet, inwieweit die untersuchten Kleinstädte bereits erfolgreich die Vorteile digitaler Beteiligungsformate ausschöpfen aber auch wo die größten Herausforderungen in der Durchführung von solchen Beteiligungsprojekten liegen. Diese Analyse mündet in Handlungsempfehlungen für kleinstädtische Kommunen und legt somit einen Grundstein für die Verbesserung der digitalen Beteiligungspraxis in Kleinstädten.

2 Was ist Bürgerbeteiligung? Bestimmung der wichtigsten Begriffe

Im folgenden Kapitel sollen die zentralen Begrifflichkeiten der Bürgerbeteiligung erklärt und die wichtigsten Beteiligungsmodelle erläutert werden.

Bürgerbeteiligung bezeichnet die Teilhabe oder Mitgestaltung der Bürger:innen an einem Planungs- und Entscheidungsprozess durch Information, Konsultation oder Kooperation. Dabei sind sowohl gesetzlich vorgeschriebene als auch darüberhinausgehende informelle Beteiligungsformen möglich. Die Bürger:innen können sich direkt oder indirekt über Interessenvertretungen, Verbände, Projektbeiräte usw. einbringen (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2014).

Es gibt zwei grundlegende Arten der Bürgerbeteiligung, zwischen denen unterschieden wird: Unter der **formellen Bürgerbeteiligung** (auch: gesetzliche oder obligatorische Beteiligung) werden Prozesse verstanden, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Solche Vorschriften gibt es beispielsweise für Bauleitplanung, Raumordnungsverfahren, Genehmigungsverfahren, Landes- und Regionalplanung sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen (KommunalWiki 2018; Allianz Vielfältige Demokratie 2017b).

Neben den traditionellen formellen Bürgerbeteiligungsprozessen gewinnen **informelle Bürgerbeteiligungsformen** zunehmend an Bedeutung. Darunter sind Verfahren zu verstehen, die nicht gesetzlich geregelt sind wie Bürgerversammlungen, Zukunftswerkstätten oder auch digitale Beteiligungsangebote, wie Online-Umfragen oder digitale Ideenwände. Informelle Beteiligungsmöglichkeiten zeichnen sich dadurch aus, dass weder die Frage, ob sie durchgeführt werden sollen, noch die Art und Weise ihrer Durchführung gesetzlich festgelegt sind (KommunalWiki 2018).

In dieser Publikation wird in Abgrenzung zur Bürgerbeteiligung auch die für Kleinstädte typische Form der **informellen Einflussnahme und Interessenvertretung** thematisiert. Unter diesem Begriff werden Möglichkeiten für Bürger:innen zusammengefasst, auf weniger formelle und oft selbstorganisierte Weise Einfluss auf politische Entscheidungen und Angelegenheiten in ihrer Gemeinschaft zu nehmen, zum Beispiel durch zentrale Funktionen in örtlichen Vereinen (s. Kapitel 3.1).

Stufen der Beteiligung

Es gibt verschiedene Modelle zur Beschreibung unterschiedlicher Grade der Beteiligung: Dazu zählt die achtstufige *Ladder of Citizen Participation* nach Arnstein (1969) (s. Abb. 1), das fünfstufige *IAP2-Spektrum* (Ross et al. 2016) (s. Abb. 2) der International Association for Public Participation, sowie ein dreistufiges Modell (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2014), das für den Kontext dieser Publikation herangezogen wird:

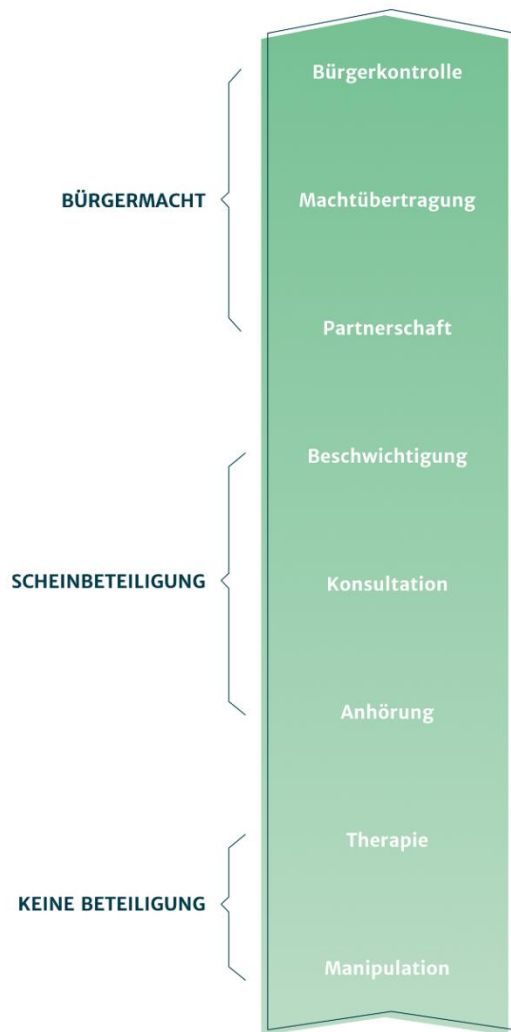


Abb. 1: Ladder of Citizen Participation nach Arnstein (eigene Darstellung)

- **Information:** Auf dieser Stufe werden Beteiligungsprozesse verortet, die die Bereitstellung von reiner Information umfassen. Hierbei handelt es sich um eine Form der Beteiligung, die noch keine aktive Einflussnahme der Beteiligten auf einen Planungsprozess beinhaltet. Die Kommunikation verläuft vorwiegend in eine Richtung, nämlich von der Planungs- und Entscheidungsebene hin zur Öffentlichkeit. Neben der traditionellen Öffentlichkeitsarbeit zählt auch die dialogische Kommunikation, bspw. im Rahmen von Veranstaltungen hierzu (Schweizer-Ries 2010; Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2014).

- **Konsultation:** Konsultation umfasst die Beteiligung von Gruppen, Behörden und Bürger:innen an Planungs- und Entscheidungsprozessen jeder Art. Bei Konsultationen wird Bürger:innen die Möglichkeit zu einer aktiven Teilnahme geboten, indem sie ihre Meinungen zu Planungs- und Entscheidungsprozessen abgeben können. Diese Form der Beteiligung wird als intensiver Kommunikationsprozess zwischen den Betroffenen und der Entscheidungsebene gesehen (Schweizer-Ries 2010; Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2014).

- **Kooperation:** Bei der dritten Stufe der Beteiligung wird Bürger:innen die Möglichkeit geboten, in Planungsprozessen aktiv mitzuwirken. Der Grad der Einflussnahme kann je nach Gegenstand der jeweiligen Planungsphase unterschiedlich groß sein und bis zur gemeinsamen Entscheidungsfindung reichen. Die Kommunikation und Aushandlung zwischen den Beteiligten und der Entscheidungsebene ist integraler Bestandteil (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2014).



Abb. 2: das fünfstufige IAP2-Spektrum der *International Association for Public Participation* (eigene Darstellung)

Die Bezeichnungen **Beteiligungskordinator:innen**, **Koordinierungsstelle**, **Beteiligungsbeauftragte**, **-zuständige und -verantwortliche** werden in dieser Publikation synonym verwendet. Diese Personen oder Einheiten spielen eine entscheidende Rolle in der Organisation und Umsetzung von Bürgerbeteiligungsprozessen und -projekten. Sie sind für die Koordination, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Einbindung der Bürger:innen verantwortlich. Je nachdem, in welchem Kontext und auf welcher Ebene der Verwaltung oder Organisation diese Akteur:innen tätig sind, variieren die genauen Bezeichnungen, bleiben jedoch im Wesentlichen für die Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung und demokratischer Mitbestimmung verantwortlich.

Ähnlich verhält es sich mit den Begriffen **Beteiligungsprojekt**, **Beteiligungsverfahren**, **Beteiligungsvorhaben** und **Beteiligungsmaßnahme**, die hier ebenfalls synonym verwendet werden. Gemeint sind damit verschiedene Initiativen und Aktivitäten, die darauf abzielen, die Teilhabe und Mitwirkung von Bürger:innen in politischen oder gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

3 Bürgerbeteiligung in Kleinstädten: die Ausgangslage

Kleinstadt ist nicht gleich Kleinstadt. Kleinstädte sind divers und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl, ihrer Fläche oder der Gemeindegliederung ebenso wie hinsichtlich ihres ökonomischen Entwicklungspotenzials, der Politikgestaltung oder der sozialen Netzwerke. Dennoch lassen sich spezifische Charakteristika ausmachen, die sich wie rote Fäden durch die Kleinstadtforschung ziehen und trotz aller Heterogenität auf kleinstadttypische Verwaltungsstrukturen, Entscheidungs- und Handlungspfade sowie Akteurskonstellationen hinweisen. Diese Charakteristika bilden den Kontext für Beteiligungsvorhaben und beeinflussen deren Ausgestaltung und Erfolg maßgeblich. Die einschlägige Literatur zeichnet dabei das Bild, dass einerseits in Kleinstädten bereits ein hohes Maß an informellen Formen der Einflussnahme von Bürger:innen besteht, während andererseits die Voraussetzungen für eine formelle, offizielle Beteiligung eher ungünstig sind (vgl. Markscheffel/Graef 2021; Dehne 2018: 88; Höcke/Barahona 2022; Porsche et al. 2021).

3.1 Etablierte Wege informeller Interessenvertretung und Einflussnahme

Ein wiederkehrender Topos in der empirischen und theoretischen Auseinandersetzung mit Kleinstädten ist, dass „man sich kennt“ (Markscheffel/Graef 2021: 2). Diese Redewendung trifft nicht nur auf die Bewohner:innen von Kleinstädten untereinander, sondern auch auf die Beziehung zwischen den Bürger:innen und Mitarbeitenden aus der Verwaltung, ortsansässigen Vereinen und Vertreter:innen der Kommunalpolitik oder der Wirtschaft sowie dem/der Bürgermeister:in oder dem/der Ortsvorsteher:in zu. Diese generell näheren Sozialbeziehungen führen dazu, dass auf informellen Wegen, sei es auf der Straße, bei Stadtfesten oder über den Gartenzaun hinweg, lokalpolitische Themen verhandelt, Anliegen und Beschwerden geäußert und Stellenbesetzungen diskutiert werden und so Bürger:innenstimmen in die Politik einfließen.

Häufig sind es dabei einzelne Personen, die Projekte und Ideen vorantreiben, ihre eigenen Kompetenzen einsetzen, andere Personen aktivieren und ihr Netzwerk nutzen, um die Interessen der Bürger:innen zu vertreten (vgl. Dehne 2018: 88; Höcke/Barahona 2022). Das Engagement dieser Schlüsselpersonen ist zentral für das soziale Gefüge, kann aber auch dazu führen, dass die Partikularinteressen von bestimmten Gruppen, beispielsweise von lang ansässigen Vereinen oder anderen ortsrelevanten Gruppen, besonders Gehör finden. Frühere Studien haben verdeutlicht, dass die Mitgliedschaft in einem Verein lange Zeit Einfluss und Zugang zur Kommunalpolitik bedeutete. Zusätzlich dazu nahmen viele Schlüsselpersonen Doppelrollen als Gemeinde- und Vereinsvertreter:innen ein (Luckmann 1970: 173). Angesichts aktueller Entwicklungen im ländlichen Ehrenamt, wie dem Rückgang der Mitgliedszahlen und der abnehmenden Bereitschaft, verantwortungsvolle Ämter zu übernehmen (Gilroy et al. 2018), mag es sein, dass sich auch das soziale Gefüge in Gemeinden ändert. Gleichzeitig lässt sich annehmen, dass Personalunionen zwischen Vereins- und Politikvertretungen eher häufiger werden: Je weniger Menschen bereit sind offizielle Ämter anzunehmen, desto mehr Last liegt auf den Schultern einzelner Engagierter, die verantwortungsvolle Positionen im Ort zu übernehmen. Fest steht, dass der Einfluss einzelner Personen ein charakteristisches Merkmal kleinstädtischer Regierungsstrukturen ist, wie in vielen Studien betont wird (Höcke/Barahona 2022). Diese sogenannten Schnittstellenakteure treiben Anliegen bestimmter Interessensgruppen voran und ermöglichen die Kommunikation und den Kontakt zwischen diesen Gruppen und der Kommunalverwaltung. Es sind also häufig persönliche Beziehungen, die auf politische Entscheidungsprozesse in Kleinstädten wirken. Formelle und informelle Strukturen vermischen sich.

Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen spielen in Kleinstädten zum einen für die Durchsetzung von Interessen der Bürgerschaft, oder zumindest Teilgruppen von ihnen, eine entscheidende Rolle. Zum anderen weisen die immer noch hohen Zahlen an ehrenamtlichen Organisationen und die Vielzahl an ehrenamtlich geführten Ämtern in ländlichen Räumen auf ein hohes Maß an Engagementbereitschaft und Einsatz für lokale Belange hin. Die Bereitschaft und der Wille, das unmittelbare Umfeld mitzugestalten, ist ebenfalls eine Form der Einflussnahme und Mitgestaltung von Bürger:innen und stellt eine günstige Ausgangslage für Bürgerbeteiligung dar.

Ein weiterer Faktor, der eine bürgernahe Kommunalpolitik in Kleinstädten begünstigt, ist, dass Verwaltungen meist kleiner und deren Strukturen weniger komplex sind. Dadurch sind Entscheidungspfade besser nachvollziehbar und der Zugang zur Verwaltung für Bürger:innen niedrigschwelliger und einfacher (Markscheffel/Graef 2021: 3).

In Kleinstädten scheinen also viele Voraussetzungen für eine aktive Einbeziehung der Bürgerschaft sowie eine lebendige, rege Beteiligung gegeben zu sein: Die sozialen Beziehungen sind eng, der Draht in die Politik und Verwaltung niedrigschwellig, Anliegen aus der Bevölkerung können über informelle Wege eingebracht werden, die Hürden sind dafür niedrig und der Gemeinsinn sowie das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt sind stark ausgeprägt (vgl. Dehne 2018: Schenkel/Großmann 2021). Gleichzeitig sind diese Wege der Einflussnahme weder nachvollziehbar und transparent noch beziehen sie alle Bevölkerungsgruppen mit ein. Sie sind also im Sinne einer kontinuierlichen, transparenten und inklusiven Beteiligungskultur nicht notwendigerweise zielführend.

Während informelle Wege der Einflussnahme und Interessenvertretung in Kleinstädten bereits weitgehend etabliert sind, treten beim Übergang zu offiziellen Beteiligungsformaten diverse Herausforderungen auf, die die Umsetzung solcher Formate entscheidend erschweren.

3.2 Herausforderungen für formelle und informelle Bürgerbeteiligung

Die oftmals größte Hürde für die Durchführung von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen sind fehlende finanzielle und personelle Ressourcen. Für kleinstädtische Verwaltungen sind Beteiligungsprojekte meist eine zusätzliche Aufgabe, für die weder Zeit noch Kompetenzen vorhanden sind. Für die Beauftragung externer Planungsbüros oder Beteiligungsexpert:innen fehlen hingegen die finanziellen Kapazitäten (Dehne 2018; Porsche et al. 2021: 329).

Ein weiteres Problem ist, dass Kleinstädte für die Finanzierung von stadtplanerischen Maßnahmen oft von Fördermitteln abhängig sind. Diese schränken jedoch die Gestaltungsmöglichkeiten und individuellen Initiativen zur Einbindung von Bürger:innen ein (Dehne 2021: 102). Werden hingegen Bürgerbeteiligungsverfahren in geförderten Stadtentwicklungsprogrammen vorgeschrieben, werden diese teilweise als mühselige Pflicht empfunden und formal zwar durchgeführt, jedoch selten im Sinne einer kooperativen Kleinstadtentwicklung eingesetzt. In beiden Fällen agieren kleinstädtische Verwaltungen eher fremdbestimmt (Dehne 2021: 102), der Gestaltungsspielraum für die städtische Verwaltung in Kooperation mit den Bürger:innen ist eingeschränkt. Darüber hinaus sind Fördermittel in der Regel zeitlich begrenzt und damit auch die begleitenden Bürgerbeteiligungsmaßnahmen. Die Etablierung einer langfristigen Beteiligungspraxis und -kultur wird dadurch erschwert.

Ein Spannungsfeld stellt auch die Stellung von Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Vereinen sowie anderen Schlüsselakteuren in Kleinstädten dar. Wie bereits beschrieben, sind es häufig Vertreter:innen von Vereinen, die sich für die Interessen

einer Gruppe aus der Bürgerschaft stark machen - sei es durch den Einsatz für den Bau eines neuen Sportplatzes oder die Begrünung der Hauptstraße. Diese dominanten Akteur:innen, die über informelle Wege ihre Stimme laut machen, sind jedoch häufig auch diejenigen, die sich besonders in Beteiligungsformaten einbringen. Beteiligungsformate spiegeln dann nur die ohnehin bereits etablierten Macht- und Kommunikationsstrukturen wider. Die Wahl über bestimmte Prozesse und Formen der Bürgerbeteiligungsverfahren entscheidet also darüber, wie breit oder eng die Partizipation am Schluss ausfällt. Schlimmstenfalls können gesellschaftliche Ungleichheiten sogar vertieft werden, insbesondere wenn jene, die bereits über ausreichend Diskurs- oder Ressourcenkapital verfügen, unter sich bleiben (vgl. Wohlfeld et al. 2023: 3).

Verwaltung, Bürgermeister:innen und Aktive in Kleinstädten stehen also vielen Herausforderungen gegenüber, wenn sie Bürgerbeteiligungsangebote etablieren und ausgestalten wollen. Dabei wird gerade in Kleinstädten das Zusammenwirken von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft als besonders wichtig angesehen. Dies dient insbesondere dazu, die begrenzten Ressourcen der Verwaltung, sowohl personell als auch finanziell, auszugleichen und das Entwicklungspotenzial zu steigern (vgl. Dehne 2018; Maaß 2018). Diese kooperative Herangehensweise zur Entwicklung von Kleinstädten kann darüber hinaus das Potenzial bergen, das Interesse an Beteiligung, das Verständnis für Demokratie und die Bindung der Bewohner:innen an ihre Gemeinden zu fördern. Sie trägt auch dazu bei, die Verantwortung für den eigenen Ort und das soziale Miteinander zu stärken (BBSR 2019; BMUB 2017 zitiert nach Höcke/Barahona 2022: 2).

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, wie Bürgerbeteiligung trotz schwieriger Voraussetzungen erfolgreich umgesetzt werden kann - eine Umsetzung, die von der Verwaltung bewältigt werden kann, eine breite Bevölkerung erreicht und für die Stadtentwicklung fruchtbar gemacht werden kann.

3.3 Digitale Bürgerbeteiligung als Chance?

Die Vorteile und Versprechen, die mit digitalen Beteiligungsformen einhergehen, werden von Anbietern von Beteiligungsplattformen, von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen im Bereich Bürgerbeteiligung und Demokratieförderung und auch in wissenschaftlichen Studien formuliert (vgl. CitizenLab 2022; Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen 2023; Markscheffel/Graef 2021).

Als einer der zentralen Vorteile gilt die Einbindung von Zielgruppen, die aus Scheu oder zeitlichen Restriktionen an konventionellen Beteiligungsveranstaltungen nicht teilnehmen können. Typische Beispiele dafür sind Eltern von kleinen Kindern, Personen mit eingeschränkter Mobilität oder auch Berufstätige mit einem hohen Arbeitspensum. Für Kleinstädte liegt hier das Versprechen, dass auch Personen und Zielgruppen jenseits der Schlüsselakteure und einschlägigen Zielgruppen, die auch auf analogen Veranstaltungen anzutreffen sind, erreicht werden können. Auch wird Potenzial gesehen, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene auf Grund ihrer digitalen Affinität besser einzubinden. Diese Zielgruppe gilt mit konventionellen Beteiligungsformaten als schwer erreichbar, gleichzeitig ist ihre Perspektive für die Zukunft der Stadt von hoher Bedeutung.

Angesichts des aktuellen Trends weg von längerfristigem Engagement hin zu spontaner Beteiligung können digitale Formate darüber hinaus eher auf dieses Engagementverhalten, insbesondere von Jugendlichen, antworten (Sommer 2023). Die Teilnahme an einer Online-Umfrage zur Gestaltung des Stadtparks bspw. erscheint wahrscheinlicher als ein langjähriger Einsatz in einem Verein, der sich für die Bepflanzung der städtischen Grünanlagen stark macht.

Generell ist die Anzahl potenzieller Teilnehmer:innen, die mit digitalen Formaten erreicht werden kann, deutlich höher als bei Vor-Ort-Angeboten. Da digitale Beteiligung meist asynchron abläuft, kann jede Person zu einem beliebigen Zeitpunkt über einen längeren Zeitraum hinweg teilnehmen. So können insgesamt deutlich mehr Personen partizipieren als bei analogen Angeboten.

Als weiterer wesentlicher Vorteil digitaler Formate wird die Kostenersparnis genannt. Die Verwendung digitaler Plattformen reduziert die Kosten für die Organisation von Versammlungen und Veranstaltungen, da sie weniger physische Ressourcen erfordern. Dies kann insbesondere für Kleinstädte mit begrenzten finanziellen Mitteln von Vorteil sein. Durch die geringeren Kosten könnten auch Bürgerbeteiligungsangebote unabhängig von Fördergeldern ermöglicht werden. Eine weitere Kostenersparnis ergibt sich aus der Skalierbarkeit von Online-Formaten. Sollen mehr Menschen erreicht oder mehr Projekte eingepflegt werden, sind die Mehrkosten im Vergleich zur Planung weiterer oder neuer Vor-Ort-Veranstaltungen geringer (CitizenLab 2022: 9).

Neben der Einsparung von Kosten können digitale Formate auch Zeit und Personal reduzieren. Der Planungs- und Durchführungsaufwand kann ressourcenschonender gestaltet werden, wenn beispielsweise lediglich eine Person für die Begleitung einer Beteiligungsmaßnahme zuständig ist, Vor-Ort-Formate hingegen oft mehrere Personen binden.

Zu guter Letzt ermöglichen Online-Portale eine umfassendere, mediengestützte Bereitstellung und Vermittlung von Informationen. Auch die Aufbereitung und Vermittlung der Ergebnisse lassen sich gut und bequem online dokumentieren, auswerten und darstellen.

Diese Vorteile digitaler Formate werden bislang vorwiegend in Ratgebern, Magazinen und Blogs von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken sowie der sogenannten grauen Literatur formuliert und wurden bisher noch kaum wissenschaftlich evaluiert. Viele dieser Potenziale lassen sich daher eher als Versprechen oder Hoffnungen bezeichnen und es bleibt offen, ob diese potenziellen Vorteile bereits tatsächlich von Verantwortlichen in die Realität umgesetzt werden und ihr Potenzial entfalten können. Insbesondere für ländliche Räume und Kleinstädte gibt es dazu noch kaum Belege oder Good Practices.

4 Die Studie

4.1 Anlass der Untersuchung und Forschungsfragen

Ziel des Projekts war es zu erforschen, inwieweit Kleinstädte das Potenzial digitaler Bürgerbeteiligung bereits für sich nutzen können und damit die Forschungslücke zur digitalen Bürgerbeteiligung in Kleinstädten zu schließen. Die Studie leistet darüber hinaus einen wesentlichen Forschungsbeitrag zum Thema Bürgerbeteiligung und digitale Transformation in Kleinstädten. Drei Forschungsfragen standen dabei im Fokus:

- In welchem Umfang und unter Einbeziehung welcher Funktionen werden digitale Beteiligungstools bisher in den ausgewählten Kleinstädten angeboten? Welche Beteiligungsziele werden dabei verfolgt?
- Wie werden die Online-Beteiligungsformate von der Bevölkerung angenommen und genutzt? Welche Rolle spielen dabei verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit sowie flankierende analoge Beteiligungselemente dabei?
- Welche Faktoren begünstigen die Erreichung der angestrebten Beteiligungsziele und welche Faktoren behindern die erfolgreiche Online-Beteiligung? Welche Rolle spielen hierbei raumbezogene Faktoren und sozialräumliche Ausgangslagen in den untersuchten Kleinstädten und ihren Teilgebieten?

4.2 Methodisches Vorgehen

Für die Studie wurden fünf Kleinstädte in Deutschland ausgewählt, die bereits digitale Bürgerbeteiligung umsetzen. Für die Auswahl der Kleinstädte war nicht ein fester Kriterienkatalog ausschlaggebend, sondern ein stimmiges Gesamtbild. Wichtig waren dabei das Vorhandensein einer aktiven digitalen Bürgerbeteiligung in Form von mehreren abgeschlossenen aber nicht länger als ein Jahr zurückliegenden Projekten, die Nutzung unterschiedlicher digitaler Formate und Funktionen, eine aussagekräftige Anzahl an beteiligten Bürger:innen sowie das Interesse an einer Teilnahme an dem Projekt von Seiten der Kleinstädte.

Das methodische Vorgehen umfasste die Durchführung von leitfadengestützten Interviews sowie die Auswertung von Nutzungsdaten der fünf Plattformen. Fünf Interviews wurden mit Mitarbeiter:innen aus der städtischen Verwaltung geführt, die für die Planung und Umsetzung (digitaler) Beteiligungsprojekte verantwortlich sind. Darüber hinaus wurden nicht-strukturierte Gespräche mit einzelnen Vertreter:innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt, die sich mit Bürgerbeteiligung beschäftigen sowie Gespräche mit Vertreter:innen von Online-Beteiligungsplattformen.

Für die Analyse der Nutzungsdaten (Registrierungen, Teilnehmendenzahlen im Zeitverlauf, Zugriff auf die Plattform und auf einzelne Projekte, Aufenthaltsdauer, Zugriffsgeräte) wurde aufgrund der unterschiedlichen Verfügbarkeit solcher Daten ein qualitativer Ansatz gewählt: Zusammen mit den Beteiligungsbeauftragten der Kleinstädte wurden in Screen-Sharing-Sitzungen die Daten betrachtet, mit den Beteiligungsverfahren in Verbindung gebracht und gemeinsam interpretiert. Auf Basis dieser Analyse konnten Erkenntnisse hinsichtlich des Umfangs und der Art der Plattformnutzung, Auswirkungen der Plattformfunktionen und -formate auf die Umsetzung der Beteiligungsaktionen und der Evaluation der Beteiligungsprozesse gemacht werden.

Die Auswertung des empirischen Materials wurde mit Unterstützung von MAXQDA, einer Software für die qualitative Datenanalyse, durchgeführt.

Im Bericht sind die Ergebnisse im Zusammenhang mit den Kleinstädten größtenteils in identifizierbarer Form dargestellt. Ausnahmen von dieser Regel sind Einzelfälle und treten dann auf, wenn es sich um negative Beispiele handelt oder wenn Informationen vorliegen, die nicht auf eine spezifische Gemeinde zurückgeführt werden sollen. In solchen Fällen wurden die Ergebnisse anonymisiert, um die Vertraulichkeit und den Schutz der betroffenen Informationen sicherzustellen.

4.3 Überblick: Kleinstädte und ihre Beteiligungsplattformen

Die fünf Kleinstädte, die sich an dem Forschungsprojekt beteiligten, spiegeln die Vielfältigkeit deutscher Kleinstädte wider und decken eine große Bandbreite hinsichtlich Bevölkerungszahl, geografischer Lage und Stadtgliederung sowie der genutzten Beteiligungsplattformen ab (siehe Abb. 8).

Besonderheiten der untersuchten Kleinstädte

Mit 5.798 Einwohner:innen ist Hebertshausen die kleinste der untersuchten Kleinstädte und ist dem Selbstverständnis nach eher eine Gemeinde als eine Stadt. Demgegenüber ist Bad Dürkheim mit 19.589 Einwohner:innen die größte der beteiligten Kleinstädte. Die anderen drei Kommunen siedeln sich hinsichtlich der Bevölkerungszahl dazwischen an.

Das Amt Hüttener Berge stellt eine Besonderheit dar, da es zwar bezüglich der Bevölkerungszahl in die Kategorie Kleinstadt fällt, jedoch hinsichtlich des Gemeindestyps eine Landgemeinde ist (BBSR 2020). Mit einer Fläche von 208,7 km² ist es flächenmäßig mit Abstand die größte der beteiligten Kommunen und vereint 16 Gemeinden, die jeweils stark unabhängig voneinander agieren.

Beteiligungsplattformen

Für das Forschungsprojekt wurden fünf Kleinstädte ausgewählt, die jeweils unterschiedliche Beteiligungsplattform nutzen, um eine breite Palette von verschiedenen Beteiligungsplattformen abzudecken. *Beteiligung NRW*, *CONSUL*, *adhocracy+* und *CitizenLab* können dabei als klassische Online-Beteiligungsplattformen bezeichnet werden, die der Verwaltung zur eigenständigen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Demgegenüber ist die *nonconform Ideenwerkstatt* ein Angebot eines Architekturbüros, das die Begleitung von Beteiligungsprozessen anbietet und dafür unter anderem mit Online-Methoden arbeitet. Die *nonconform Ideenwerkstatt* ist also ein Teilelement von einem umfassenderen Beteiligungsprozess, in dem sowohl digitale als auch analoge Formate angewendet werden. Für das Forschungsprojekt stellte die Vergleichsmöglichkeit zwischen eigenverwalteten Onlineplattformen und die Durchführung durch ein beauftragtes Dienstleistungsunternehmen einen relevanten Erkenntnismehrwert dar. Die *nonconform Ideenwerkstatt* ist mit „Beteiligungsplattformen“ mitgemeint.

adhocracy+ (Amt Hüttener Berge)

adhocracy+ ist eine Open-Source-Plattform und wird von *Liquid Democracy*, einem gemeinnützigen Verein aus Berlin, entwickelt und betrieben. Die Plattform ist kostenfrei nutzbar und finanziert sich aus Spenden. Zusätzliche Leistungen wie Trainings, komplexere Auswertungen oder die Bereitstellung eines Dashboards werden gegen eine Gebühr angeboten. Mit *adhocracy+* lassen sich Themenforen, Umfragen, Abstimmung, kartenbasierte Ideensammlungen oder Mängelmelder sowie weitere digitale Beteiligungsformate umsetzen.



Abb. 3: Screenshot der Beteiligungsplattform Amt Hüttener Berge auf Basis von *adhocracy+* (Quelle: Beteiligungsplattform Amt Hüttener Berge)

Mitmachen Guben (CONSUL)

Mitmachen Guben basiert auf *CONSUL*, einer Open-Source-Plattform, die weltweit für Beteiligungsprozesse genutzt wird. Der frei verfügbare Quellcode ermöglicht eine individuelle Weiterentwicklung der Plattform. *CONSUL* unterstützt verschiedene Arten partizipativer Prozesse – von Bürgervorschlägen, Bürgerhaushalten und Debatten bis hin zu Abstimmungen und Umfragen.

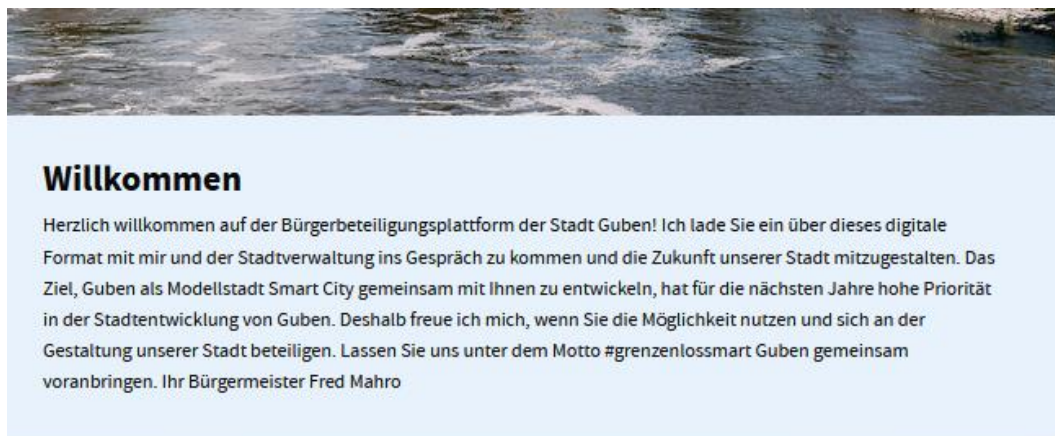


Abb. 4: Screenshot der Beteiligungsplattform *Mitmachen Guben* von CONSUL (Quelle: *Mitmachen Guben*)

nonconform Ideenwerkstatt (Hebertshausen)

Das Architekturbüro *nonconform* bietet mit der *nonconform Ideenwerkstatt* die Durchführung von Beteiligungsprozessen für raumbezogene Entwicklungsprojekte in Gemeinden, Städten und Landkreisen aber auch für Unternehmen an. Dabei werden meist größere Projektvorhaben von Anfang bis Ende begleitet und ein Baukasten mit zugeschnittenen, digitalen sowie analogen Beteiligungsformaten entwickelt.



Die Neue Holzschleiferei

Die „Neue Holzschleiferei am Mühlbach“ soll künftig als Quartier in ökologischer Bauweise einen Mehrwert für alle Bewohner:innen von Hebertshausen bilden. Schwerpunkte sind dabei inklusive Wohnformen, betreutes und Mehrgenerationen Wohnen, diverse kulturelle und gemeinschaftliche Nutzungen sowie hochwertige Freiräume rund um den zukünftig renaturierten Mühlbach.

Abb. 5: Screenshot der Beteiligungsplattform von *nonconform* im Rahmen des Projekts *Neue Holzschleiferei* (Quelle: *nonconform*)

Bad Dürkheim im Dialog (CitizenLab)

CitizenLab ist ein belgisches Civic-Tech-Unternehmen, das eine Bürgerbeteiligungsplattform für Kommunalverwaltungen anbietet. Darüber hinaus beinhalten die Lizenzen technische und inhaltliche Unterstützungsangebote. Die wesentlichen Funktionen von *CitizenLab* sind als Open-Core-Software verfügbar. Die grundlegenden Funktionen sind also frei verfügbar und offen, während erweiterte oder kommerzielle Funktionen kostenpflichtig sind.

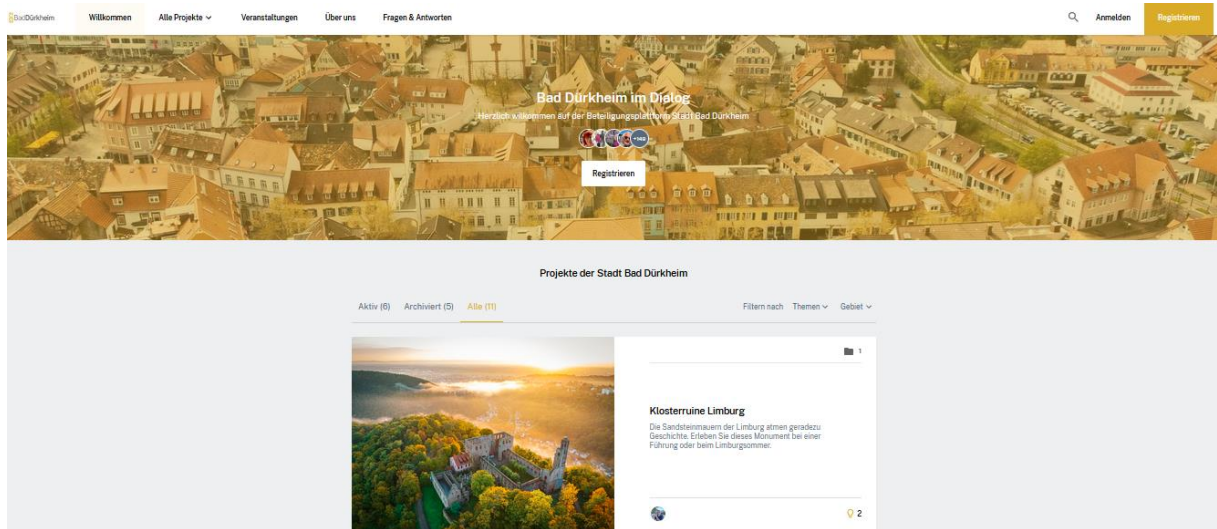


Abb. 6: Screenshot der Beteiligungsplattform *Bad Dürkheim im Dialog* von *CitizenLab* (Quelle: *CitizenLab*)

Beteiligung NRW (Merzenich)

Beteiligung NRW wird vom Digitalministerium Nordrhein-Westfalen zur kostenfreien Nutzung durch Behörden der Landes- und Kommunalverwaltung bereitgestellt. Das Portal bietet folgende Beteiligungsformate: Dialoge (Forum zu einem bestimmten Thema), Verfahren (Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen), Umfragen, Stellungnahmen zu Bauleitplänen, mit einer Karte unterstützte Meldeverfahren sowie die Ankündigung von analogen Beteiligungsveranstaltungen.

The screenshot shows the 'Beteiligung NRW' portal for the municipality of Merzenich. The header includes the logo of 'Gemeinde Merzenich' and the text 'Beteiligung NRW #heimatgestalter'. The navigation bar contains links for 'Startseite', 'Beteiligungen', 'Hilfe', 'Persönlicher Bereich', 'Portale', and 'Hauptportal'. The main section is titled 'Beteiligungen' and includes a search instruction: 'Suchen Sie gezielt nach Beteiligungsverfahren zu bestimmten Themen und Beteiligungsformaten in Ihrer Region. Abgeschlossene Beteiligungsverfahren finden Sie unter „Beendete Beteiligungen“.' Below this are three filter buttons: 'Beteiligungssstatus', 'Beteiligungsformat', and 'Thema'. A section titled '26 Beteiligungen' features a map of the region. A specific survey is highlighted: 'Umfrage zur Wohngebietsentwicklung in Girkelsrath'. The survey description states: 'Seien Sie dabei und gestalten Sie Ihr Wohnumfeld in Girkelsrath mit. Die Gemeinde Merzenich untersucht zurzeit die zukünftige Wohnbauentwicklung im Gemeindegebiet und hier ist Ihre Unterstützung gefragt!'. The survey status is 'Kürzlich beendet' (Recently ended) with dates '10.08.2023 bis 17.09.2023' and '91 Teilnehmer' (91 participants).

Abb. 7: Screenshot der Beteiligungsplattform *Beteiligung NRW: Merzenich* des Digitalministeriums NRW (Quelle: *Beteiligung NRW*)

Die fünf Kleinstädte, die sich an dem Forschungsprojekt beteiligten decken eine große Bandbreite hinsichtlich Bevölkerungszahl, geografischer Lage und Stadtgliederung sowie der genutzten Beteiligungsplattformen ab.



Abb. 8: Überblick der untersuchten Kleinstädte und der genutzten Beteiligungsplattformen (eigene Darstellung)

5 Ergebnisse: Querschnittsanalyse der digitalen Beteiligungspraxis der fünf Kleinstädte

Die Ausgangsbedingungen für die Einführung und Nutzung von Beteiligungsplattformen sowie die Zuständigkeit in den jeweiligen Verwaltungen unterscheiden sich maßgeblich in den fünf untersuchten Kleinstädten. Gleichzeitig zeigen sich viele Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Erwartungen an digitale Bürgerbeteiligung sowie den Zielstellungen bei der Einführung und Nutzung digitaler Plattformen. Diese Faktoren bilden den Rahmen für die Durchführung von Beteiligungsverfahren in den fünf Kleinstädten und werden in diesem Kapitel analytisch zusammengefasst und systematisiert. Dabei wird auch berücksichtigt, inwiefern diese Rahmenbedingungen förderliche oder hinderliche Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung darstellen.

In einem nächsten Schritt wird der Blick auf die Durchführung von digitalen Beteiligungsverfahren in der Praxis gerichtet und die einzelnen Schritte im Beteiligungsprozess analysiert. Neben einer systematischen Dokumentation der gängigen Praxis stellt sich dabei immer auch die Frage, inwiefern die Kleinstädte ihre selbst gesteckten Ziele verwirklichen können und ob sie die oft diskutierten Vorteile digitaler Beteiligung ausschöpfen können. Dabei wird auch die sozialräumliche Ausgangslage in den Kleinstädten im Blick behalten, um den Einfluss dieser Kontextfaktoren auf den Beteiligungsprozess zu verstehen.

Insgesamt bietet das Kapitel einen systematischen Überblick über den aktuellen Stand der digitalen Bürgerbeteiligung in den untersuchten Kleinstädten und bildet die Grundlage für die weiteren Analysen und Empfehlungen in dieser Studie.



Abb. 9: Grafische Darstellung der Kapitelgliederung (eigene Darstellung)

5.1 Einführung einer digitalen Beteiligungsplattform: Anlass und Motive

Die Gründe für die Einführung einer digitalen Bürgerbeteiligungsplattform variieren unter den fünf Kleinstädten und resultieren oft aus der Kombination mehrerer Faktoren. In Merzenich beispielsweise wurde einerseits die Notwendigkeit einer umfassenden Bürgerbeteiligung deutlich, nachdem die abgebrochene Umsiedlung eines Stadtteils aufgrund des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung große Veränderungen in die Gemeindestrukturen brachte. Andererseits bot die Einführung eines *Regionalen-Open-Government-Labors (ROGL)* verstärkten Anlass zur Einbindung der Bürger:innen. Darüber hinaus war Merzenich Pilotstadt für das neu eingeführte Beteiligungsportal *Beteiligung NRW*, was wiederum die Durchführung von Beteiligungsprojekten anschob. In Guben hingegen war vorrangig die Modellprojektförderung *Smart-Cities*, in der Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, der Anstoß für die Einführung einer digitalen Beteiligungsplattform. Über alle Städte hinweg lassen sich einige übergreifende Faktoren identifizieren, die ausschlaggebend für die Einführung einer Online-Beteiligungsplattform waren.

Digitalisierung und Modernisierung

Ein häufiger Kontext für die Etablierung digitaler Beteiligung sind Digitalisierungsinitiativen innerhalb der Stadt. Diese basieren in manchen Fällen auf einer umfassenden Digitalisierungsstrategie, in anderen Fällen wird ein solcher Digitalisierungsschub auch auf alleinige Initiative einer Person, beispielsweise des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin, vorangetrieben. Neben dem Anliegen, die Partizipation der Bürger:innen zu fördern, geht es in diesen Fällen stark um Digitalisierung als Ziel an sich. Digitale Beteiligung dient hier als wesentliches Element der digitalen Transformation der Stadt und trägt zur Modernisierung der Verwaltungsprozesse bei.

Ganzheitliches Stadtentwicklungskonzept

Ein weiterer Anlass für die Einführung digitaler Beteiligungsplattformen sind umfassende Stadtentwicklungskonzepte, an deren Entwicklung Bürger:innen bereits mitwirken und in denen festgeschrieben wird, dass Bürger:innen auch bei der Umsetzung eingebunden werden sollen. Die Beteiligungsplattform dient dann einerseits dazu, Beteiligungsprojekte zu ermöglichen, andererseits auch, die einzelnen Umsetzungsschritte der Strategie zu dokumentieren. Die Plattform schafft somit eine gewisse Verbindlichkeit und gewährleistet, dass die Mitwirkung der Bürger:innen im Rahmen der Stadtentwicklungskonzepte transparent und nachverfolgbar ist.

Förderungen

Wenn es sich um ein gefördertes Stadtentwicklungskonzept handelt, ist die Einbindung von Bürger:innen häufig als Förderbedingung vorgeschrieben - sei es im Kontext von *Integrierten gemeindlichen/städtebaulichen Entwicklungskonzepten (IGEK, ISEK)*, der *Smart-City-Förderung* oder *Regionalen-Open-Government-Laboren (ROGL)*. In diesen Fällen ist Bürgerbeteiligung nicht nur eine strategische Entscheidung, sondern oft auch eine verpflichtende Auflage.

Kontroverses Stadtentwicklungsthema

Ein weiterer ausschlaggebender Faktor können Stadtentwicklungsthemen sein, die als besonders heikel oder kritisch gelten. Die Motivation für Beteiligungsmaßnahmen liegt dann darin, Bürger:innen bei der Entwicklung eines neuen Quartiers oder einer gesamten Gemeinde einzubeziehen, um einerseits deren Ideen zu gewinnen und andererseits Widerstand aus der Bevölkerung vorzubeugen. Die Nutzung einer digitalen Beteiligungsplattform flankiert häufig weitere analoge Beteiligungsformate.

In allen Kleinstädten gab es vor und auch nach der Einführung der Plattform bereits analoge Beteiligungsprojekte. Die digitalen Angebote stellen also stets eine Ergänzung zu bereits etablierten, konventionellen Beteiligungsformen dar. Im Gegensatz zu diesen analogen Formaten, die meist zu größeren Anlässen und teilweise von externen

Planungsbüros organisiert werden, sollen die Plattformen die Möglichkeit bieten, eine regelmäßige und kontinuierliche Beteiligungspraxis zu etablieren. Die Plattform soll auch für kleinere Projekte eingesetzt werden, die für die städtische Verwaltung bewältigbar sind und so einen kontinuierlichen Austausch zwischen der Stadtbevölkerung und der Verwaltung ermöglichen. Insgesamt scheinen die Erwartungen, die an die Plattform geknüpft werden, hoch. Eine Vielzahl von Hoffnungen und Zielstellungen geht mit der Einführung der Plattform einher.

5.2 Einführungs- und Nutzungsziele für Online-Plattformen

In den Interviews wurde klar, dass alle Beteiligungskordinator:innen bei der Einführung von Plattformen oder der Umsetzung von Beteiligungsprojekten klare Zielsetzungen verfolgen. Auffällig ist dabei, dass nur wenige dieser Ziele die spezifischen Vorteile digitaler Plattformen (s. Kapitel 3.3) betonen. Die meisten genannten Ziele könnten ebenfalls mit analogen Methoden erreicht werden. Der Vorteil der Plattform ist eher, dass diese Ziele auf einfachere, zugänglichere und transparentere Weise verfolgt werden können. Besonders bemerkenswert ist jedoch, dass nahezu alle von den Verantwortlichen genannten Ziele auf die Information und Konsultation der Bürger:innen abzielen und keine tatsächliche Einbeziehung oder gar Kollaboration vorsehen (Abb. 1). Im Vordergrund steht es, Bürger:innen zu informieren, Konflikte zu vermeiden und Zustimmung zu geplanten Vorhaben zu gewinnen.

Informieren und Transparenz schaffen

Eine der vorrangigen Absichten bei der Einführung einer Beteiligungsplattform besteht darin, Bürger:innen gut zu informieren und Transparenz zu fördern. Die Plattform dient dabei als leicht zugänglicher Kanal, der die herkömmlichen Informationsquellen der Stadt ergänzt. Die Stadt bemüht sich darum, Informationen bereitzustellen, während es meist als Aufgabe der Bürger:innen verstanden wird, diese auch aktiv zu nutzen und abzurufen.

Legitimation von Entscheidungen

Die Bereitstellung von Informationen und vor allem die Beteiligung der Bürger:innen soll dazu dienen, politische Entscheidungen zu legitimieren, wie in verschiedenen Interviews betont wurde. Viele Beteiligungs-Verantwortliche haben die Erfahrung gemacht, dass Bürger:innen nach bereits getroffenen Entscheidungen Unmut darüber äußern, dass sie davon nicht in Kenntnis gesetzt wurden. Außerdem wird beobachtet, dass immer öfter Bürgerbegehren in Gang gesetzt werden. Diese zu verhindern, ist den politisch Verantwortlichen ein großes Anliegen. Das liegt nicht nur am erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Verwaltung, sondern auch an der Erfahrung, dass solches Bürgerbegehren den sozialen Zusammenhalt in den Gemeinden gefährden können und langjährig aufgebaute, nachbarschaftliche Beziehungen belasten. Im Unterschied zu analogen Formaten können Projekte auf der digitalen Plattform häufiger, niedrighschwelliger und mit weniger Aufwand eingestellt werden, auf die wiederum Bürger:innen hingewiesen werden können, wenn sie sich beklagen, nicht informiert worden zu sein. Ungeachtet etwaiger Bedenken hinsichtlich dieser Zielsetzung ist Online-Beteiligung unter anderem ein wesentliches Instrument, um Bürger:innen effizienter über Projekte zu informieren und damit präventiv Einwände zu verhindern.

Erfassung wertvoller Ideen

Bürger:innen werden in Bezug auf viele stadtbezogene Themen als Expert:innen gesehen und sollen daher aktiv in die Stadtgestaltung einbezogen werden. Beteiligungsplattformen bieten eine niedrighschwellige Möglichkeit, wertvolle Ideen und Lösungen aus der Bevölkerung zu sammeln und für die Stadtentwicklung nutzbar zu machen.

Sichtbarmachen unterschiedlicher Perspektiven

Eine häufige Herausforderung ist die Interessenkonstellation bei Bauvorhaben, bei denen die Anwohner:innen Vorbehalte äußern. Durch einen dialogorientierten Beteiligungsprozess kann hier ein besseres Verständnis für die Notwendigkeit des Vorhabens sowie die Interessen anderer Bevölkerungsgruppen geschaffen werden. Doch nicht nur der Austausch unter den Bürger:innen, sondern auch zwischen Bürger:innen und Verwaltung ist wichtig. Die digitale Plattform soll einen Ort bieten, an dem Bürger:innen untereinander, aber eben auch mit der Verwaltung niedrigschwellig in Kontakt treten können.

Aktivierung neuer Zielgruppen und Steigerung der Teilnehmerzahl

Die beiden klassischen Vorteile der digitalen Beteiligung (Aktivierung neuer Zielgruppen und Steigerung der Teilnehmendenzahl) wurden auch von den Beteiligungskordinator:innen in den untersuchten Kleinstädten betont. Die Hoffnung besteht darin, dass die jeweilige digitale Beteiligungsplattform Menschen anspricht, die an traditionellen, analogen Beteiligungsformen nicht teilnehmen können und Zielgruppen erreicht, die durch digitale Kanäle angesprochen werden, wie beispielsweise Jugendliche.

Überwindung von Politikverdrossenheit

Neben den bereits genannten praktischen Zielen werden auch übergeordnete Ziele mit der Einführung von Beteiligungsplattformen verfolgt, wie die Überwindung von Politikverdrossenheit und die Wiederherstellung von Vertrauen in die Stadtpolitik und -verwaltung. Menschen, die in der Vergangenheit negative Erfahrungen mit Beteiligungsformaten gemacht haben oder sich generell aus dem Stadtgeschehen zurückgezogen haben, sollen durch die Plattformen ermutigt werden, sich wieder einzubringen. Hier besteht die Hoffnung, dass auf einer digitalen Plattform auch Menschen zu Wort kommen, die Versammlungen und öffentliche Veranstaltungen meiden.

5.3 Auswahl des Plattformanbieters: Ablauf und Kriterien

Bei der Entscheidungsfindung für eine geeignete Plattform waren alle untersuchten Kleinstädte auf Fachberatung oder Empfehlungen angewiesen. Angesichts der Vielzahl an verfügbaren Beteiligungsplattformen auf dem Markt ist es vor allem für kleinere Stadtverwaltungen eine Herausforderung, sich einen Überblick zu verschaffen und eine passende Plattform auszuwählen. Der Markt der Plattformanbieter umfasst eine Mischung aus kommerziellen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierungsbehörden. In Nordrhein-Westfalen und Sachsen stellen beide Bundesländer ihren Kommunen ein einheitliches Portal zur Durchführung von Beteiligungsprojekten zur Verfügung, was bspw. die Auswahl einer Plattform für Merzenich (Beteiligung NRW) erheblich erleichtert hat. Darüber hinaus ist es vorteilhaft, dass diese Plattformen kostenfrei genutzt werden können. In den anderen Kleinstädten waren entweder Fachkenntnisse, klare Auswahlkriterien oder von vornherein festgelegte Einschränkungen notwendig, um die passende Plattform auszuwählen. So war Guben aufgrund der *Smart-City*-Förderkriterien auf Open-Source-Plattformen eingeschränkt, während Amt Hüttener Berge Unterstützung bei der Auswahl durch den *IT-Verbund Schleswig-Holstein* erhielt und in Bad Dürkheim eine umfassende Recherche unter den verfügbaren Anbietern durchgeführt wurde. Auffallend ist, dass in keiner der Städte Bürger:innen bei der Plattformauswahl konsultiert wurden, obwohl diese die Hauptnutzer:innen der Plattform sind. Alle fünf Kleinstädte, die an dem Forschungsprojekt beteiligt waren, nutzten unterschiedliche Plattformen, die auf Basis verschiedener Kriterien ausgewählt wurden.

1. Belastung der eigenen IT und Verwaltung

Die Arbeitsbelastung der eigenen IT und Verwaltung war in allen Kommunen ein maßgeblicher Faktor bei der Auswahl einer Plattform, jedoch mit unterschiedlichen Zielstellungen. Einige Kommunen strebten an, das Produkt vollständig intern zu verwalten, um Kosten zu sparen. In anderen Fällen lag der Fokus darauf, die Arbeitslast weitgehend auszulagern, um die interne IT nicht zu überlasten.

2. Benutzeroberfläche

Einige der Städte hatten bereits Erfahrungen mit Tools gemacht, die für die Veröffentlichung von Bauleitverfahren konzipiert waren und die als besonders sperrig und umständlich empfunden wurden. Wichtig für den Auswahlprozess war daher, dass die Plattform sowohl für die Bürger:innen als auch für das Verwaltungspersonal benutzerfreundlich gestaltet ist. Außerdem spielte das Design der Plattform eine entscheidende Rolle: Teilweise war es wichtig, dass die Plattform nahtlos in das Design der städtischen Website integriert werden konnte, bei anderen ging es um einen modernen oder aktivierenden Gesamteindruck.

3. Angebotene Formate und Funktionen

Die geplanten Beteiligungsformate sollten von der gewählten Plattform unterstützt werden. Tatsächlich wiesen die dann ausgewählten Plattformen eine Vielzahl von Formaten an, die weit über die tatsächlich in Anspruch genommenen hinausgingen.

4. Open-Source oder proprietär?

Die Tatsache, dass eine Plattform Open Source basiert ist, war in keiner der Kleinstädte ein maßgebliches Auswahlkriterium. Vielmehr waren andere entscheidende Faktoren ausschlaggebend dafür, dass sich zwei der fünf Städte letztendlich für eine Open-Source-Lösung entschieden haben: In Guben war durch die *Smart-City*-Förderung der Einsatz von Open-Source-Technologien vorgeschrieben, in Amt Hüttener Berge war die Einsparung von Kosten ein maßgeblicher Grund.

5. Kosten

In allen Kleinstädten spielte der Kostenaspekt bei der Entscheidung für eine Plattform eine Rolle, auch wenn dieser nicht explizit genannt wurde. So wurden die Kosten beispielsweise im Hinblick auf die Belastung der internen IT und Verwaltung sowie bei der Entscheidung für die Nutzung von Open-Source-Technologien mitreflektiert.

5.4 Zuständigkeit in der Verwaltung

In den fünf Kleinstädten ist die Zuständigkeit für die genutzten Beteiligungsplattformen an fünf unterschiedlichen Stellen mit verschiedenen Stellenbezeichnungen und Aufgabenspektren angesiedelt. Dies ist begründet durch die unterschiedlichen Anlässe und Ziele der Einführung der Plattform. Andererseits deutet es aber auch darauf hin, dass in Kleinstädten Bürgerbeteiligung immer noch nur mäßig etabliert und dadurch nicht institutionell verankert ist. Eine eigene Stelle oder sogar eine Stabsstelle, wie es sie in größeren Städten wie Bonn, Wiesbaden, Wuppertal oder Mainz gibt, existiert in Kleinstädten noch kaum.

Im Amt Hüttener Berge ist die Bürgerbeteiligung in der Koordinierungsstelle für Ortsentwicklungs- und Dorferneuerungskonzepte der 16 Gemeinden verankert, unter dem Dach der *Zukunftsstrategie*. Die *Zukunfts Koordinatorin* ist für die Abstimmung und Umsetzung der Anliegen und Projekte der einzelnen Gemeinden verantwortlich und für jegliche Beteiligungsprojekte, egal ob online oder offline.

In Bad Dürkheim ist die digitale Bürgerbeteiligung Teil der Abteilung für Verwaltungsdigitalisierung. Hier steht die Bürgerbeteiligung weniger im Kontext der

Stadtentwicklung, sondern der Modernisierung der Verwaltung. Die Themen für Beteiligungsprojekte werden aus den Fachabteilungen herausgetragen.

Merzenich hat die Bürgerbeteiligung in der neu gegründeten Stabsstelle für Innovation und Wandel angesiedelt. Hier ist die *Dorfmanagerin* für die Umsetzung der Projekte verantwortlich. Diese Position übernimmt auch Aufgaben im Bereich Vereinsförderung und des *LEADER*-Förderprogramms, an dem Merzenich ebenfalls teilnimmt. Die Bürgerbeteiligung wird hier also wie traditionell üblich im Bereich Zivilgesellschaft und Ehrenamt verankert.

Da in Guben die digitale Beteiligung im Rahmen der *Smart-City*-Förderung initiiert wurde, liegt die Betreuung der Plattform bei einer der Projektstellen. Hier ist digitale Bürgerbeteiligung im Kontext Stadtentwicklung mit Fokus auf Digitalisierung angesiedelt.

In Hebertshausen liegt die Zuständigkeit für das Beteiligungs-Großprojekt *Neue Holzschleiferei* beim Bürgermeister selbst und unterstützend bei Mitarbeiter:innen aus der Verwaltung. Da für die Umsetzung der Beteiligungsaktionen ein Dienstleistungsunternehmen beauftragt wurde, ist die Koordination und das Management des Projekts extern angesiedelt.

Aufgabenspektrum der Koordinierungsstellen

In fast allen Städten haben die Zuständigen für digitale Bürgerbeteiligung vor allem eine koordinierende Funktion. Die inhaltlichen Themen werden aus Fachabteilungen, den zugehörigen Gemeinden und Stadtteilen, öffentlichen Institutionen wie Bibliotheken oder Bürgervertretungen wie dem Jugendkomitee herangetragen. Als Schnittstelle zwischen den Fachbereichen innerhalb der Verwaltung haben diese Koordinierungsstellen vielfältige Aufgaben. Sie konzipieren in Kooperation mit den Fachabteilungen oder anderen Auftraggebern Beteiligungsverfahren, sind verantwortlich für die praktische Umsetzung der Projekte - angefangen vom Einpflegen in die Plattform, über die Begleitung und Moderation des Beteiligungsverfahrens bis hin zur Auswertung der Ergebnisse - und sie sind für die Vermittlung der Ergebnisse an die Politik zuständig.

Die für die Beteiligungsplattformen Verantwortlichen stehen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben im Beteiligungsprozess vor großen Herausforderungen. Alle räumen ein, an gewissen Punkten im Beteiligungsprozess Abstriche machen zu müssen (s. Kapitel 5.6.). Den Zuständigen fehlt es meist an zeitlichen Ressourcen, da Bürgerbeteiligung als eine zusätzliche Aufgabe zu einem bereits umfassenden Zuständigkeitsbereich hinzukommt. Dies begrenzt auch ihre Möglichkeit, vertiefendes Wissen über digitale Bürgerbeteiligung aufzubauen und die erforderlichen Kompetenzen zu entwickeln, um die Bürgerbeteiligung nach allen Regeln "guter Beteiligung" umzusetzen (vgl. Allianz Vielfältige Demokratie 2017b). Übergeordnete Kompetenzen zu entwickeln stellt ebenfalls eine Herausforderung dar. Gemeint ist damit beispielsweise der Aufbau eines Wissenspools zum Thema digitale Bürgerbeteiligung, die Entwicklung von Leitlinien oder der Kompetenzaufbau in den Fachämtern durch Wissenstransfer, Austausch und Fortbildungsangebote (vgl. Allianz Vielfältige Demokratie 2017a: 16).

5.5 Umfang und Art der Beteiligungsverfahren

Die untersuchten Kleinstädte nutzen ihre jeweilige Beteiligungsplattform seit ein bis zwei Jahren und haben in diesem Zeitraum zwischen fünf und 26 Projekten (Stand September 2023) auf ihren jeweiligen Plattformen eingestellt (eine genaue Übersicht aller Beteiligungsverfahren in den fünf Kleinstädten befindet sich im Anhang).

Die durchgeführten Projekte lassen sich in vier Kategorien unterteilen: Die erste Kategorie umfasst Projekte, die Informationen für Bürger:innen zur Verfügung stellen, zu denen diese in Form von Fragen, Anregungen und Hinweisen **Stellung nehmen** können (s. Abb. 10). Insbesondere in den Kleinstädten, die verhältnismäßig viele Projekte umgesetzt haben (Merzenich und Amt Hüttener Berge), machen diese Art von Beteiligungsformate den Großteil aller umgesetzten Projekte aus. Typische Beispiele hierfür sind Bebauungspläne, Wohngebietsentwicklungen oder andere Bauprojekte wie Photovoltaik-Anlagen.

← zurück zur Übersicht 🏠 zurück zu »Hauptportal«

Informationen  Übersicht [Bauleitplan](#) [#heimatgestalter](#) [Öffentliche Auslegung](#)

Bebauungsplan C2a "Poolplatz"

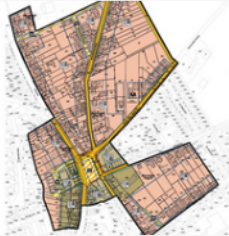
 Kontaktperson

 Datenschutzerklärung

 Begründung
(Download *.pdf 1005 KB)

 Textliche Festsetzungen
(Download *.pdf 372 KB)

 Planzeichnung
(Download *.pdf 12 MB)



Planzeichnung

Der Ratsbeschluss zur Genehmigung und Offenlage des Planentwurfes des Bebauungsplanes Merzenich **C2a "Poolplatz"** vom 23.06.2022 wurde am 15.07.2022 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich öffentlich bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Merzenich **C2a "Poolplatz"** einschließlich der Begründung liegt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom

25. Juli 2022 bis 25. August 2022 einschließlich

bei der Gemeindeverwaltung Merzenich, Fachbereich III, Bauen und Planen, Valdersweg 1, 52399 Merzenich, Zimmer 19/20, während der Dienststunden zu jedermanns Einsichtnahme öffentlich aus. Zusätzlich erfolgt die Offenlage gem. § 3 Abs. 1 PlanSIG (Planungssicherstellungsgesetz) auch online auf der Website der Gemeinde unter:

[Wirtschaft/Bauen | Gemeinde Merzenich \(gemeinde-merzenich.de\)](#)

zusätzlich online über dieses Beteiligungsportal des Landes NRW, oder per Mail an: beteiligung@gemeinde-merzenich.de

Es wird hiermit Gelegenheit gegeben, sich während der oben genannten Auslegungsfrist über die künftige Bauleitplanung der Gemeinde Merzenich zu informieren bzw. Stellung zu nehmen.

Stellungnahmen, die nicht innerhalb der oben genannten Auslegungsfrist abgegeben worden sind, können gemäß § 3 Abs. 2 BauGB bei der Beschlussfassung über die Bauleitplanung

Status

-  Beendet
-  **25.07.2022 bis 25.08.2022**
-  **16** Stellungnahmen

Abb. 10: Screenshot des Aufrufs zur Stellungnahme zu einem Bauleitplan in Merzenich (Quelle: *Beteiligung NRW*)

Eine zweite Kategorie an Projekten sind Hinweise und **Einladungen** zu analogen Beteiligungsverfahren oder öffentlichen Sitzungen, zu denen Bürger:innen eingeladen werden (s. Abb. 11). Die Beteiligungsplattformen werden dann dafür genutzt, organisatorische Eckdaten, Informationsmaterial und in manchen Fällen auch die Ergebnisse der analogen Beteiligungsformate zur Verfügung zu stellen.

Jugend macht Zukunft!

5. Dürkheimer Jugendkongress



Jugendkongress 2023

Der Jugendkongress ist das große jährliche Event des Jugendkomitees, auf dem du uns kennenlernen kannst, deine Ideen für die Stadt mitbringst und dem Jugendkomitee neue Ideen und Projekte mit auf den Weg gibst.

Dieses Jahr findet der Jugendkongress am 01.07.2023 ab 15 Uhr auf der Wiese vor dem JuKiB statt. Als Abschluss werden wir um ca. 18 Uhr gemeinsam grillen.

Wenn du möchtest, kannst du auch gerne dem Jugendkomitee beitreten um dein Projekt danach auch weiter mitzugestalten.

Über

-  Endete am 30. Juli 2023
-  5 Teilnehmende
-  3 Phasen
-  12 Ideen in der finalen Phase
-  1 Veranstaltung
-  [Teilen](#)

Zu den Ideen

Abb. 11: Screenshot der Ankündigung des Jugendkongress in Bad Dürkheim (Quelle: *Bad Dürkheim im Dialog*)

Die dritte Kategorie von Beteiligungsprojekten sind **Umfragen und Abstimmungen**, die direkt auf den Plattformen ausgefüllt werden können (s. Abb. 12). In Merzenich wurde die Abstimmungsfunktion beispielsweise zweimal genutzt, um Familien über Spielplatzkonzepte abstimmen zu lassen. Umfragen werden zu unterschiedlichen Themen durchgeführt, sei es zur Tourismusstrategie im Amt Hüttener Berge, zum Nachmittags-Betreuungsbedarf von Grundschüler:innen in Bad Dürkheim oder zur Digitalisierung in der Jugendarbeit in Merzenich.

Amt Hüttener Berge | Tourismusstrategie Hüttener Berge

Die Tourismusstrategie für die Hüttener Berge wird derzeit fortgeschrieben. Mit Ihrer Meinung und Ihren Ideen können Sie mitgestalten und ergänzen. Außerdem helfen Sie uns dabei, die Tourismussituation in den Hüttener Bergen richtig zu beschreiben.

1 von 2 Nächste >

← AMT HÜTTENER BERGE | TOURISMUSSTRATEGIE HÜTTENER BERGE

Umfrage zum Tourismus in den Hüttener Bergen

Dauer: 5 Minuten | Nutzerkonto erforderlich

Die Beteiligung ist aktuell nicht möglich. Sie hat am 30. April 2022 23:59 geendet.

Beteiligung:
5. März 2022 12:00 – 30. April 2022 23:59

Mit Ihrer Meinung und Ihren Ideen, können Sie die Tourismussstrategie mitgestalten und ergänzen. Vielen Dank!

Die Tourismusstrategie beschreibt, für welche Zielgruppen die Hüttener Berge besonders interessant sind: Natururlauber, Neugierige und Entschleuniger. Stimmen Sie zu?

43%	Ich stimme zu. Die Zielgruppen passen gut.
43%	Ich bin geteilter Meinung. Die Zielgruppen passen nurmäßig oder müssen ergänzt werden.
7%	Ich stimme nicht zu. Die Zielgruppen passen nicht.
7%	Weiß nicht.
0%	Sonstige

34 Menschen haben geantwortet.

Abb. 12: Screenshot einer Umfrage zur Tourismusstrategie in Amt Hüttener Berge (Quelle: Beteiligungsplattform Amt Hüttener Berge)

Die vierte Projektkategorie sind **Ideensammlungen** zu teils baulichen Vorhaben, teils aber auch Themen, bei denen die Kreativität der Bürger:innen gefragt ist (s. Abb. 13). So nutzte Guben bspw. die Beteiligungsplattform bisher ausschließlich für Ideensammlungen rund um Projekte im Rahmen von *Smart City*. In Hebertshausen wurden Ideen eingeholt, unterstützt durch eine Karte, für das Areal der *Neuen Holzschleiferei*.



Abb. 13: Screenshot der nonconform Ideenwand im Projekt *Neue Holzschleiferei* (Quelle: nonconform Bürgerbeteiligung in Hebertshausen)

Fast alle Verfahren sind sogenannte bottom-up Formate, also Formate, die von der städtischen Verwaltung den Bürger:innen über die digitale Plattform angeboten werden. In Guben plant die städtische Bibliothek die Plattform für ein eigenes Beteiligungsprojekt zu nutzen. In Bad Dürkheim wird die Plattform gelegentlich vom Jugendkomitee genutzt. Grundsätzlich sind die Koordinator:innen offen dafür, die Plattform auch weiteren Organisationen zur Nutzung zur Verfügung zu stellen, bisher ist dies jedoch kaum in Anspruch genommen worden.

Beteiligungsstarke und -schwache Projekte

Betrachtet man das Beteiligungsverhalten der Bürger:innen, fallen zunächst Unterschiede zwischen den Formaten auf. Verallgemeinernd zeigt sich, dass Umfragen und Abstimmungen die höchsten Beteiligungszahlen erzielen. Mit großem Abstand folgen Ideensammlungen. Bei Aufrufen zu allgemeinen Anregungen und Fragen gibt es mit wenigen Ausnahmen kaum Reaktionen der Bürger:innen.

Neben dem Format ist auch das Thema des Verfahrens maßgeblich für den Beteiligungserfolg. Dies zeigt sich besonders bei Projekten, die zur Abgabe von Anregungen und Fragen aufrufen. Hier werden sowohl die niedrigsten als auch die höchsten Beteiligungszahlen erzielt. Nach Einschätzung der Beteiligungs-Koordinator:innen, sind es vor allem Themen, die polarisieren oder die Bürger:innen persönlich betreffen, die zu hohen Beteiligungszahlen führen. Das ist besonders dann der Fall, wenn die Projekte Vorhaben in der unmittelbaren Nachbarschaft betreffen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Amt Hüttener Berge, wo von den neun öffentlich einsehbaren Projekten nur eines gemeindeübergreifend ist. Aber auch in Hebertshausen zeigte sich, dass sich vorrangig die direkten Anwohner:innen der *Neuen Holzschleiferei* für das Projekt interessierten.

Ein weiterer entscheidender Faktor für Beteiligungszahlen sind Dynamiken unter den Teilnehmer:innen, die weder vorhersehbar noch steuerbar sind. So kommt es vor, dass sich auch innerhalb kürzester Zeit Diskussionen zwischen - meist einigen wenigen - Bürger:innen entwickeln und damit die Beteiligungszahlen signifikant steigen. Die Bandbreite der Stellungnahmen bleibt dabei jedoch gering. Solche Dynamiken stellen die Beauftragten vor große Herausforderungen, da die Moderation dieser Diskussionen häufig deren Kapazitäten übersteigen.

In der Gesamtschau aller Online-Verfahren, die bereits in den fünf Kleinstädten umgesetzt wurden, zeigt sich, dass viele auf der Ebene des Informierens und damit der untersten Stufe der Beteiligung stattfinden (s. Stufen der Beteiligung in Kapitel 2). Einige Projekte lassen sich auch der Stufe Konsultation zuordnen, während nur vereinzelte Projekte eine Kooperation mit den Bürger:innen anstreben.

Verzahnung von analogen und digitalen Formaten

Für eine ganzheitliche Einordnung der digitalen Projekte ist es jedoch bedeutsam, auch die analogen Beteiligungsverfahren der Kleinstädte mit zu betrachten, denn viele der digitalen Formate gehen mit analogen Veranstaltungen einher. So wird in einer der Kleinstädte die Strategie verfolgt, alle analogen Beteiligungsprozesse durch ein digitales Format zu ergänzen. So sollen alle Bürger:innen, die nicht die Möglichkeit haben, an einem Format vor Ort teilzunehmen, dennoch die Chance haben, sich einzubringen. Auch besteht ein starkes Bewusstsein dafür, dass gewisse Zielgruppen mit rein digitalen Formaten nicht angesprochen werden. So ist es allen Koordinator:innen ein Anliegen, weiterhin analoge Formate durchzuführen. Es ist auffällig, dass bei solch kombinierten Beteiligungsverfahren der Fokus meist auf den analogen Veranstaltungen liegt und die Beteiligung auf der dazugehörigen digitalen Plattform eher gering ausfällt.

Eine andere Stadt verfolgt die Strategie, kleinere, kurzfristige Beteiligungsprozesse auf der Plattform umzusetzen, während Projekte mit einem großen Investitionsvolumen und weitreichenden Konsequenzen für die Stadtbevölkerung eher mit analogen Beteiligungsprozessen begleitet werden. Diese werden dann auch häufig an externe Büros ausgelagert. Der Arbeitsaufwand bei solchen Projekten wäre zu groß und die Kompetenzen in der Verwaltung nicht gegeben.

Der Blick auf die jeweilige Plattform und die dortigen Beteiligungszahlen gibt also nur bedingt Aufschluss darüber, wie rege die Beteiligung in einem Projekt ist oder in welchem Umfang in der Stadt Beteiligungsprozesse durchgeführt werden. Alle Kleinstädte führen auch nach Einführung der Plattform weiterhin analoge Beteiligungsprozesse durch und viele machen bereits gute Erfahrungen damit, analoge mit digitalen Projekten zu kombinieren. Tendenziell scheint es, dass den analogen Verfahren weiterhin etwas mehr Bedeutung beigemessen wird. Nichtsdestotrotz lässt sich insgesamt feststellen, dass mit der Einführung der digitalen Plattformen die Gesamtzahl der Beteiligungsverfahren in allen fünf Kleinstädten gestiegen ist, das Beteiligungsangebot für Bürger:innen sich also erweitert hat.

5.6 Durchführungsprozess der Beteiligungsverfahren

Planung

In keiner der untersuchten Kleinstädte scheint es einen standardisierten Prozess für die Vorbereitung eines digitalen Beteiligungsverfahrens zu geben, der beispielsweise eine Umfeldanalyse oder die Formulierung einer klaren Zielsetzung vorsieht. Nur vereinzelt gibt es grundsätzliche Überlegungen hinsichtlich der Ziele und adäquater Methoden, die in der Vorbereitungsphase ausführlicher reflektiert und diskutiert werden. Im Vordergrund stehen vielmehr notwendige praktische Schritte für die Durchführung des Vorhabens. In den Kleinstädten, die über eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung verfügen, ist der Ablauf grundsätzlich ähnlich und unterscheidet sich lediglich in der Reihenfolge der einzelnen Schritte. In der Regel treten Fachabteilungen, Vertreter:innen der Gemeinden oder Stadtteile, öffentliche Ämter oder Bürgervertretungen mit ihren Anliegen an die Koordinierungsstellen heran. Teilweise werden diese Anliegen bereits im Vorfeld mit dem/der Bürgermeister/in besprochen, während in anderen Fällen diese Abstimmung erst nach Rücksprache mit der Koordinierungsstelle erfolgt. Oft erfordert es wiederholte Abstimmungen zwischen der Koordinierungsstelle, den Auftraggebern und dem/der Bürgermeister:in bzw. der Gemeindevertretung, bevor eine konkrete Umsetzung beschlossen wird. Kommt es zu einer Einigung hinsichtlich Beteiligungsformat, Formulierung und Gestaltung der Informationsmaterialien sowie des Zeitrahmens, sind die Beteiligungs-Koordinator:innen dafür verantwortlich, das Projekt auf der digitalen Plattform einzustellen.

Zielgruppenanalyse und -ansprache

In allen fünf Kleinstädten war eine wesentliche Zielsetzung bei der Einführung der Online-Beteiligungsplattformen einerseits mehr Teilnehmer:innen und andererseits bisher unerreichte Zielgruppen anzusprechen (siehe Kapitel 5.2). In der praktischen Umsetzung der meisten Projekte werden jedoch noch wenig Maßnahmen ergriffen, um die spezifischen Personengruppen, die von einem Thema oder Projekt besonders betroffen sind, als Zielgruppe zu definieren und diese zu erreichen. Ebenso scheint es, dass nur bedingt Schritte unternommen werden, um die Vielfalt der Teilnehmendenschaft insgesamt zu erhöhen, trotz der expliziten Absicht "alle" anzusprechen. Es zeigt sich jedoch, dass diese Absicht in der Regel nicht in Maßnahmen mündet, um ansatzweise ein repräsentatives Abbild der Stadtbevölkerung zu gewinnen.

Dabei besteht bei den Zuständigen durchaus ein Problembewusstsein dafür, dass sich der Teilnehmendenkreis bei Beteiligungsformaten oft ähnelt und dadurch die Meinung von Einzelpersonen oder bestimmten Gruppen überrepräsentiert ist. Gleichzeitig scheinen die Möglichkeiten einer gezielten Zielgruppenansprache noch wenig bekannt zu sein und besteht die Annahme fort, dass Online-Projekte „von allein“ eine breitere Zielgruppe, wie Jugendliche oder Eltern, erreichen.

Erfolgreiche Beispiele für zielgruppenspezifische Ansprache

Dies gilt jedoch nicht für alle Projekte, die im Rahmen der Interviews besprochen wurden. So wurde beispielsweise in Bad Dürkheim eine Befragung unter Eltern durchgeführt, um den Kinderbetreuungsbedarf am Nachmittag zu ermitteln. Diese Befragung wurde gezielt über eine Kindergarten-App verbreitet, was zu einer sehr hohen Zielgruppenabdeckung führte.

Auch scheinen Jugendliche, als schwer erreichbare und gleichzeitig wichtige Gruppe, etwas stärker mit gezielten Aktionen beteiligt zu werden. Das mag daran liegen, dass in einigen Bundesländern, unter anderem in Rheinland-Pfalz, die Beteiligung von Jugendlichen gesetzlich vorgeschrieben ist. So kann beispielsweise in Bad Dürkheim das Jugendkomitee eigenständig Projekte in die Beteiligungsplattform einpflegen und durchführen. Dadurch wird eine Teilhabe ermöglicht sowohl durch die Jugendlichen, die eigenständig Beteiligungsprojekte organisieren, als auch durch diejenigen, die die Plattform nutzen.

Aber auch in Guben, wo diese gesetzliche Regelung nicht besteht, wurde ein aufsuchendes Format für Jugendliche in Schulen entwickelt, bei dem zunächst über Computerspiele gesprochen wurde, um dann das Thema auf die *Smart City* zu lenken. Auffallend ist, dass zielgruppenspezifische Formate häufiger analog umgesetzt werden.

Ein Beispiel für eine gezielte und erfolgreiche Adressierung verschiedener Zielgruppen sind die Beteiligungsprojekte im Rahmen der *Neuen Holzschleiferei* in Hebertshausen. Durch die Kombination von analogen und online Ideensammlungen, aufsuchenden Formaten sowie Gruppendiskussionen zu verschiedenen Zeitslots, die auf die jeweiligen Zielgruppen zugeschnitten waren (Senior:innen, Eltern, Schüler:innen und Menschen mit Behinderung), wurde eine breite Beteiligung erreicht. Der Erfolg der Zielgruppeneinbindung lässt sich hier auf drei wesentliche Faktoren zurückführen: Zum einen wurde ein externes Büro beauftragt, das ausreichend zeitliche und personelle Ressourcen einbringen konnte, um ein aufwendiges Beteiligungsprojekt durchzuführen. Zum anderen war der Bürgermeister bei vielen der Beteiligungsformate persönlich anwesend und beteiligte sich stark an der Verbreitung und Vermittlung des Beteiligungsverfahrens über soziale Medien und andere Kanäle. Darüber hinaus war der hybride Ansatz, also die Mischung von analogen sowie digitalen Formaten, maßgeblich dafür unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einzubinden.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Medienmix, der für die Ankündigung von Beteiligungsverfahren genutzt wird, setzt sich in den fünf Kleinstädten zwar unterschiedlich zusammen, ähnelt sich jedoch hinsichtlich der Herangehensweise. Es werden vor allem digitale Kanäle sowie

Druckmedien der Stadt genutzt, um Projekte anzukündigen. Dazu gehören bei fast allen Fallbeispielen die Website und der Facebook-Auftritt der Stadt sowie die Bekanntmachung auf der Beteiligungsplattform selbst. Darüber hinaus wird häufig auch das Amtsblatt oder regelmäßig erscheinende Briefe des/der Bürgermeister:in oder der Gemeindevertretung genutzt, wobei diese mit sehr unterschiedlich auftretender Häufigkeit und Verbindlichkeit in den fünf Kleinstädten erscheinen. Eine weitere wichtige Maßnahme sind Plakate, die im Fall von Online-Verfahren mit QR-Codes versehen werden. Zu diesen Kanälen kommen die Lokalpresse und teilweise auch Flyer hinzu, die ausgelegt oder teilweise auch per Postwurfsendung verbreitet werden. Als wirkungsvolles, aber wenig steuerbares Medium spielt auch die Mund-zu-Mund-Propaganda bei der Öffentlichkeitsarbeit der Beteiligungsformate eine wesentliche Rolle. Im Amt Hüttener Berge, wo Beteiligungsverfahren meist nur eine Gemeinde betreffen, werden die Gemeindevertretungen daher aktiv dazu aufgerufen, die Information darüber in ihrer Gemeinde zu verbreiten.

Beim Großteil der von den Kleinstädten durchgeführten digitalen Beteiligungsprojekte, läuft die Öffentlichkeitsarbeit nach einem nahezu standardisierten Verfahren, was die Abwicklung erleichtert. Es werden also grundsätzlich die gleichen Kanäle genutzt und je nach Wichtigkeit des Projekts der Umfang der Öffentlichkeitsarbeit skaliert. Insgesamt lässt sich beobachten, dass durchaus viel Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird und die Städte eine große Bandbreite an Kanälen bespielen. Zwei der Städte sind in sozialen Medien bei Facebook und Instagram vertreten, eine auch bei Tiktok.

Doch unabhängig davon, wie viele Medien eine Stadt nutzt, stellt sich die Frage, inwieweit Bürger:innen die städtischen Kanäle überhaupt besuchen. Insbesondere die Website wird vorrangig von Bürger:innen besucht, wenn diese eine bestimmte Information oder ein Formular suchten. Zwar wird die Homepage teilweise auch mit aktuellen Informationen bespielt, dennoch wird die Seite nur von sehr wenigen Personen regelmäßig besucht.

Demgegenüber werden jedoch kaum andere Kanäle genutzt, um gezielt bestimmte Gruppen durch eine strategische Öffentlichkeitsarbeit anzusprechen. So werden beispielsweise keine Facebook-Seiten von Ortsgruppen oder Vereinen, lokale Apps wie nebenan.de oder zielgruppenrelevante Orte wie Altersheime, Spielplätze, Schwimmbäder oder Bibliotheken genutzt, um gezielt bestimmte Zielgruppen anzusprechen.

Die Öffentlichkeitsarbeit für digitale Beteiligungsprojekte ist also breit angelegt, jedoch wenig spezifisch ausgerichtet.

Begleitung und Moderation

In der Begleitung der Beteiligungsprojekte stoßen die Zuständigen häufig an ihre Kapazitätsgrenzen und so besteht eine Lücke zwischen dem, was die Zuständigen an Moderation und Reaktion bieten wollen und was sie tatsächlich umsetzen können. Das Ausmaß dieser Problematik und die Strategien, damit umzugehen, unterscheiden sich jedoch deutlich zwischen den Kleinstädten.

Eine der größten Herausforderungen ist es, dass Kommentare, Ideen und Anregungen von Bürger:innen bei Online-Projekten 24 Stunden am Tag eingehen können - ein wesentlicher Vorteil von digitalen Formaten. Für die Beteiligungsbeauftragten stellt dies jedoch ein Problem dar, da diese nur in ihrer Arbeitszeit das Geschehen auf der Plattform im Blick behalten und steuern können. Zwar wurde in keiner der Städte die Erfahrung gemacht, dass die Plattform für problematische Kommunikation missbraucht wurde, dennoch besteht die Sorge, dass dies passieren könne. In einer der Kleinstädte wurde daher der Entschluss gefasst, dass alle Kommentare erst freigeschaltet werden müssen. Dies birgt wiederum neue Hürden. Zum einen schränkt dieses Verfahren die freie Meinungsäußerung und den Austausch unter den Bürger:innen ein und zum anderen wird es zum Problem, wenn die Beteiligungsbeauftragten abwesend sind und es keine Vertretung gibt, die dieses aufwendige Management der eingehenden Kommentare übernehmen kann.

Eine weitere Herausforderung ist die Moderation und angemessene Reaktion auf Kommentare und insbesondere Fragen, die im Rahmen von Online-Beteiligung eintreffen.

Von mehreren Beauftragten wurde beklagt, dass es einer Vollzeitstelle bedürfe, um auf alle Fragen einzugehen. Die Anzahl der Meldungen ist zwar in den meisten Fällen überschaubar, die Länge und Komplexität mancher Nachrichten von Bürger:innen ist jedoch schnell überfordernd. Darüber hinaus sind die Beauftragten vorrangig für die Organisation und Koordination der Projekte zuständig und haben meist nicht die inhaltliche Expertise, um akkurat auf die Fragen zu antworten, zumal diese häufig über das konkrete Projekt hinausgehen und generelle Debatten eröffnen.

Bewältigung von Anliegen und Fragen: Strategien der Beteiligungskoordinator:innen

Allen Zuständigen ist es wichtig, angemessen auf die Anliegen der Bürger:innen zu reagieren. Aufgrund begrenzter personeller Ressourcen haben jedoch alle Städte pragmatische Ansätze entwickelt, um die Projekte effizient zu begleiten.

So wurde in einer der Städte entschieden, gar nicht zu reagieren und nur auf die Sitzung der Gemeindevertretung, in der das Thema besprochen wird, zu verweisen mit der Bitte, in diesem Rahmen das Anliegen zu wiederholen. In einer anderen Stadt werden keine inhaltlichen Reaktionen getätigt, aber alle Personen, die sich beteiligen, bekommen eine standardisierte Nachricht mit dem Inhalt, dass die Idee eingegangen ist, geprüft wird und der/die Absender:in über weitere Schritte informiert wird. Einen ähnlichen Weg geht eine dritte Stadt, in der die Teilnehmungsplattform automatisch Updates an die Teilnehmer:innen schickt, wenn es Neuigkeiten auf der Website zu einem Projekt gibt. All dies zeigt, dass bereits Wege gefunden werden, um Funktionen der digitalen Plattformen zur Arbeitserleichterung einzusetzen.

Besonders an dieser Stelle wird deutlich, dass die knappe Ressourcensituation in kleinstädtischen Verwaltungen ein Problem für die Qualität der Umsetzung der Projekte darstellt und dass einige der Bewältigungsstrategien eher hinderlich für eine rege Beteiligungskultur sind. Besonders offensichtlich wird dies im Abgleich mit analogen Beteiligungsverfahren, in denen kein Aufwand gescheut wurde, um Einwände der Bürger:innen zu entkräften. So konnten beispielsweise in Hebertshausen die Sorgen der Bürger:innen, dass die Gebäude des Bauprojekts *Neue Holzschleiferei* zu hoch würden, entkräftet werden, indem eine Hebebühne installiert wurde, die den Menschen demonstrierte, wie hoch die geplanten Gebäude tatsächlich sein werden - nämlich nicht höher als die des alten Gebäudes. Selbst in denjenigen Projekten, in denen nicht mit solchen aufwendigen Maßnahmen die Bedenken der Bürger:innen eingeeht werden können, wird klar, wie entscheidend eine angemessene Ressourcenausstattung für den Erfolg von Beteiligungsverfahren ist.

Auswertung und Darstellung der Ergebnisse

Eine wichtige Aufgabe der Beteiligungskoordinator:innen ist die Aufbereitung und Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Beteiligung für Politik und Bürger:innen. Je nach Beteiligungsformat unterscheidet sich der Aufwand dieses Prozessschrittes erheblich. Bei Abstimmungen oder Fragebögen mit geschlossenen Antworten werden Ergebnisdarstellungen teilweise bereits automatisiert geliefert. Bei Foren oder Ideensammlungen ist der Aufbereitungsaufwand meist erheblich höher und wird von der Koordinierungsstelle manuell erledigt. Meist werden die Ergebnisse zusammengefasst und dann dem entscheidenden Gremium, dem Stadtrat oder der Gemeindevertretung, vorgelegt.

Die Form, in der die Bürger:innen die zusammengefassten Ergebnisse erhalten, unterscheidet sich stark zwischen den Kleinstädten bzw. den genutzten Plattformen. Auch wird die Darstellung der Ergebnisse von den Plattformen unterschiedlich unterstützt. So gibt es bei manchen Plattformen standardmäßig den Reiter "Ergebnisse", womit eine gewisse Bringschuld bei den Beteiligungskoordinator:innen liegt. Bei anderen Plattformen werden Ergebnisse an einem beliebigen Ort auf der Teilnehmungsplattform eingestellt. Dort sind sie häufig schlechter zu finden und die Bereitstellung der Ergebnisse ist auch weniger verbindlich. In der Praxis lassen sich teilweise gar keine Ergebnisse zu Beteiligungsverfahren finden, teilweise gibt es Hinweise, wann die Ergebnisse präsentiert oder diskutiert werden und werden als PDF-Dokumente mit ausführlichen

Ergebnisberichten hochgeladen.

Auffallend ist, dass für die Auswertung der Ergebnisse noch kaum Funktionen der Online-Plattformen genutzt werden. In einer der Kleinstädte wird auf Basis der Registrierungsdaten die Geschlechter- und Altersverteilung der Teilnehmer:innen ausgewertet, darüber hinaus werden jedoch keinerlei Analysen über das Backend, also die Verwaltungsoberfläche, der Plattform getätigt.

Die Beteiligungsbeauftragten aller fünf Kleinstädte beteuern, dass die Ergebnisse aller Beteiligungsverfahren aufbereitet und an die Politik weitergegeben werden. Diese Bemühungen, die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in den Entscheidungsprozess einzubinden, werden von allen mit fester Absicht verfolgt. Die Aufbereitungen und Zusammenfassungen der Ergebnisse finden jedoch offenbar nur selten ihren Weg auf die Plattformen, auf denen alle Interessierten auf dem Laufenden gehalten werden könnten. Als Konsequenz erscheinen viele Projekte auf den Plattformen als unabgeschlossen oder unzureichend dokumentiert.

Evaluierung der Umsetzung

In den untersuchten Kleinstädten scheinen bisher kaum Strategien und Methoden zur routinemäßigen Evaluation durchgeführter Beteiligungsprojekte etabliert zu sein - weder der analogen noch der digitalen Projekte. Dies überrascht insofern nicht, da auch in der Vorbereitung der Beteiligungsprojekte kaum Ziele oder Indikatoren für die Zielerreichung festgelegt werden. Die Grundlage für einen Abgleich zwischen den angestrebten Zielen und den tatsächlich erreichten Ergebnissen sowie den angestrebten und tatsächlich erreichten Beteiligungszahlen ist daher meist nicht gegeben.

Einsatz von Nutzungsdaten für die Evaluierung von Projekten

Auch Nutzungsdaten, die bei digitalen Beteiligungsprojekten generiert werden, werden bisher noch nicht für die Reflexion und Evaluierung von Projekten eingesetzt. Solche Nutzungsdaten entstehen bei jeder digitalen Beteiligungsmaßnahme – sofern sie erhoben werden, angefangen mit Anzahl und Zeitpunkt der Seitenaufrufe, über Aufenthaltsdauer und Zugriffsorte auf die Seite bis hin zu demografischen Daten der Nutzer:innen. Auf Basis dieser Nutzungsdaten könnten beispielsweise Beteiligungszahlen mit externen Einflussfaktoren wie Öffentlichkeitsarbeit oder Social-Media-Aktionen verknüpft und so ermittelt werden, ob eine bestimmte Maßnahme in der Öffentlichkeitsarbeit einen Anstieg der Beteiligungszahlen bewirkt hat. Besonders aussagekräftig sind demografische Daten der Teilnehmer:innen. Plattformen, die eine Registrierung erfordern, könnten hier zusätzliche Informationen abfragen. Diese Pflichtangaben bei der Registrierung ermöglichen es, Ergebnisse der digitalen Beteiligungsprozesse nach unterschiedlichen personenbezogenen Faktoren auszuwerten. So kann beispielsweise nachverfolgt werden, ob die anvisierte Zielgruppe eines Beteiligungsprojekts auch wirklich erreicht wurde.

Alle Beteiligungskoordinator:innen haben Zugriff auf zumindest gewisse Nutzungsdaten, über das Backend der Plattform, über separate Analyse-Tools oder auf Anfrage bei den Plattform-Betreibern. Bisher werden die Nutzungsdaten in den untersuchten Kleinstädten jedoch noch kaum beachtet. So werden diese nicht genutzt, um einzusehen, welche Informationen über die Teilnehmer:innen bekannt sind oder über welchen Weg diese auf die Beteiligung gestoßen sind - eine Information, die bei analogen Veranstaltungen aber auch selten erhoben wird.

Der bisher geringe Einsatz von Daten, die über die Online-Beteiligungsplattformen generiert werden, bedeutet jedoch nicht, dass die digitalen Beteiligungsmaßnahmen nicht reflektiert und bewertet werden. In mehreren der untersuchten Kleinstädte wurde von Projekten berichtet, die die Koordinator:innen selbst als wenig erfolgreich einstufen, über deren Hergang die Koordinator:innen dennoch reflektieren.

Die Ursache für die begrenzte Auswertung und Reflexion von Projekten kann auf den hohen Ressourcenaufwand zurückgeführt werden, der mit diesen Aktivitäten verbunden ist. Zugleich lässt sich aber auch feststellen, dass im Vergleich zu anderen Bereichen, wie beispielsweise der redaktionellen Begleitung von Maßnahmen (siehe Kapitel 5.6), noch ein

geringes Bewusstsein dafür besteht, welche Möglichkeiten und Methoden der Analyse und Evaluierung von digitalen Beteiligungsprojekten es überhaupt gibt. Dies stellt somit einen bemerkenswerten „blinden Fleck“ dar. Besonders auffällig ist dieser Umstand angesichts der Tatsache, dass sämtliche Beteiligungsbeauftragte über niedrige Beteiligungszahlen klagen. Die Einflussfaktoren auf das digitale Beteiligungsverhalten erscheinen jedoch weitgehend undurchsichtig und bisher unverstanden.

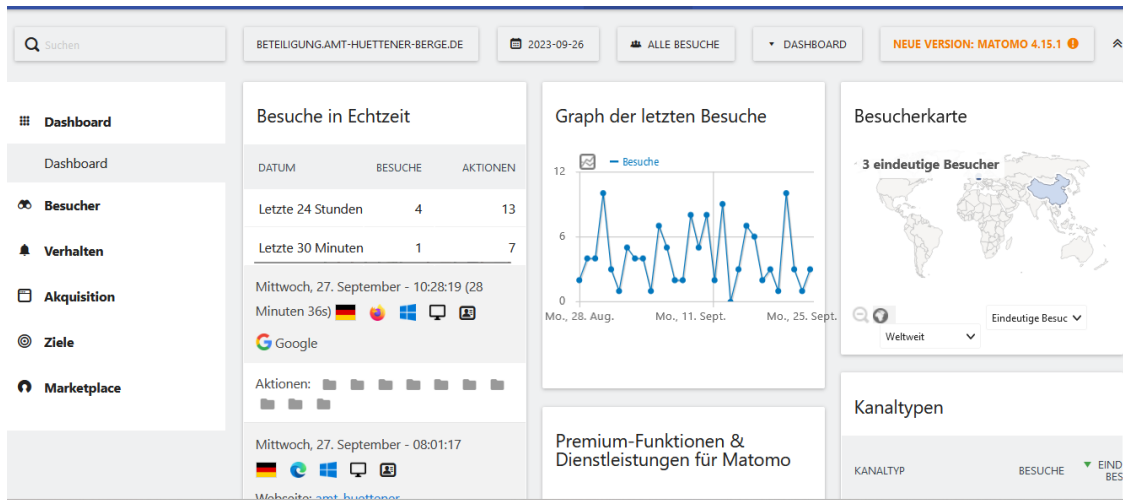


Abb. 14: Screenshot des Analyse-Tools der Beteiligungsplattform Amt Hüttener Berge (Quelle: matomo, Amt Hüttener Berge)

6 Erfolge und Herausforderungen bei der Umsetzung digitaler Bürgerbeteiligung

In diesem Kapitel wird analysiert, inwieweit die fünf Kleinstädte ihre selbst gesteckten Beteiligungsziele digitaler Partizipation erreichen und ob sich die Versprechen, die mit digitalen Beteiligungsplattformen in Verbindung gebracht werden, für die Kleinstädte bewahrheiten. Anschließend werden die Ursachen für die aktuell bestehenden Herausforderungen und Hürden, digitale Beteiligung erfolgreich umzusetzen, in den Blick genommen.

Die Einführung einer digitalen Beteiligungsplattform in den fünf untersuchten Kleinstädten war auf Seiten der Koordinator:innen mit Zielen und Erwartungen verbunden. Besonders wichtig waren hierbei die neuen Formen des Informationsoutputs und -inputs: Die Informationsbereitstellung von städtischer Seite einerseits und das Sammeln wertvoller Ideen der Bürger:innen andererseits, soll zur Transparenz und Legitimation politischer Entscheidungen beitragen. Darüber hinaus erhoffen sich die Beauftragten auch die Vorteile der digitalen Beteiligung zunutze zu machen, wie die Steigerung der Teilnehmendenzahl oder die Erreichung neuer Zielgruppen.

Alle untersuchten Kleinstädte stehen noch am Anfang ihrer Erfahrung mit digitaler Beteiligung. So verwundert es nicht, dass sich bisher nur einige wenige Erwartungen verwirklicht haben und noch nicht alle Vorteile digitaler Beteiligung ausgeschöpft werden konnten.

6.1 Wie die untersuchten Kleinstädte das Potenzial digitaler Beteiligung bereits nutzen

Wiederbelebung und Kontinuität

Die Einführung der jeweiligen Beteiligungsplattform führte in allen untersuchten Kleinstädten zu einer Wiederbelebung des Themas Bürgerbeteiligung und einer vermehrten Umsetzung von Beteiligungsprojekten. Digitale Projekte ergänzten und erweiterten häufig bestehende analoge Prozesse vielmehr als diese zu ersetzen und führten somit zu einer regelmäßigen Beteiligungspraxis. Unterstützend für diese Entwicklung wirken auch die Beteiligungsbeauftragten, die zwar für (teils zu viele) andere Aufgaben zuständig sind, dennoch den Antrieb haben, immer wieder Projekte umzusetzen und die Fachabteilungen diesbezüglich zu motivieren.

Insgesamt wird der Versuch verfolgt, mithilfe der Beteiligungsplattform mehr Kontinuität in die Beteiligungspraxis zu bringen und eine Beteiligungskultur in den Kleinstädten zu etablieren, die vor der Einführung der Plattform nicht bestand. Dies gelingt bereits auf zweierlei Arten: Erstens bietet die Plattform die Möglichkeit, mit vergleichsweise geringem Aufwand Projekte zu erstellen und dadurch insgesamt häufiger Projekte zu realisieren. Zweitens ermöglicht die Plattform die langfristige Dokumentation von Projekten, was dazu führt, dass weniger Informationslücken zwischen den verschiedenen Phasen der Projekte entstehen. Beides unterstützt die Entwicklung einer kontinuierlichen Beteiligungspraxis. Insgesamt wurde durch die Einführung der Plattform die Aufmerksamkeit für das Thema Beteiligung gesteigert, sowohl bei der Verwaltung als auch bei den Bürger:innen. Dennoch lässt sich aktuell erst eine Tendenz in Richtung Kontinuität feststellen, während der Weg zu einer regelmäßigen Beteiligungskultur, bei der ein laufender Dialog zwischen Bürger:innen, Verwaltung und Politik entsteht, noch weit ist.

Transparenz und Informationsbereitstellung

Ein wesentliches Ziel bei der Einführung der Plattform war in allen Kleinstädten die Bereitstellung von Informationen und die Steigerung von Transparenz. Dieses Ziel schlägt

sich umfassend in der Nutzungspraxis der Plattformen nieder. Teilweise entsteht sogar der Eindruck, dass der Hauptnutzen einiger digitaler Plattformen vor allem in der umfassenden und leicht zugänglichen Bereitstellung von Informationsmaterialien besteht. Dies ermöglicht den Bürger:innen, sich ausführlich über vergangene oder bevorstehende städtische Bauprojekte, strategische Entwicklungen und andere Vorhaben zu informieren. Darüber hinaus werden Veranstaltungen angekündigt und Dokumentationen von Beteiligungsprojekten bereitgestellt. Ein wesentliches Anliegen der Kleinstädte, das damit zusammenhängt, ist die Legitimation von politischen Entscheidungen. Allein durch die Bereitstellung von Informationen können Einwände von Bürger:innen entkräftet und die Entstehungsgeschichte eines Vorhabens dokumentiert werden. Einige Beispiele zeigen jedoch, dass unterschiedliche Sichtweisen zwischen Bürger:innen und Stadt bestehen, inwieweit das Bereitstellen bzw. das Einholen von Informationen eine Bringschuld der Stadt oder eine Holschuld der Bürger:innen ist. Inwieweit die Informationen tatsächlich bei den Bürger:innen ankommen, ist weitgehend unbekannt. Darüber hinaus ist die Information zwar ein wesentlicher Bestandteil von Bürgerbeteiligung, das Potenzial von konsultativer oder kooperativer Beteiligung wird jedoch noch wenig ausgeschöpft. Die aktuelle Nutzung beschränkt sich daher größtenteils auf die untersten Stufen der Beteiligungsleiter, also der Information und Konsultation (s. Stufen der Beteiligung in Kapitel 2).

Effizienzsteigerung und Skalierung

Punktuell wird bereits erkannt, wie digitale Plattformen dafür eingesetzt werden können, den Arbeitsaufwand von Beteiligungsprozessen zu verringern, indem beispielsweise automatische Nachrichten von den Plattformen verschickt werden, wenn es Neuigkeiten im Rahmen eines Projekts gibt. Teilweise wird auch die Möglichkeit genutzt, Projekte, die in einem Stadtteil oder einer Gemeinde bereits umgesetzt wurden, für eine andere Gemeinde zu kopieren. So muss ein Projekt nicht nochmal neu aufgesetzt werden, kann aufwandsarm skaliert werden und spart im besten Fall Arbeitszeit ein. In der Anfangsphase der digitalen Beteiligungspraxis ist die Zeitersparnis solcher Automatisierungsversuche zwar noch gering, die Beispiele lassen jedoch darauf schließen, wie digitale Plattformen künftig genutzt werden können, um das volle Potenzial auszuschöpfen.

6.2 Herausforderungen bei der Umsetzung digitaler Bürgerbeteiligung

Herausforderungen zeigen sich zum einen bei der Umsetzung digitaler Beteiligungsprojekte. Hier sind die niedrigen Beteiligungszahlen, Schwierigkeiten bei der Zielgruppensteuerung sowie die mangelnde Sorgfalt bei der Durchführung digitaler Projekte die größten Hürden. Darüber hinaus erschweren strukturelle Herausforderungen die Durchführung von digitalen Beteiligungsverfahren. Zentral sind hierbei der Personal- und Zeitmangel, die Inflexibilität der Verwaltungsstrukturen und Arbeitsroutinen sowie fehlende Leitlinien und Qualitätskriterien.

Niedrige Beteiligungszahlen

In allen untersuchten Kleinstädten liegen die Beteiligungszahlen der Online-Partizipation hinter den Erwartungen der Zuständigen aus Politik und Verwaltung. Die Hoffnung, mithilfe digitaler Formate mehr Bürger:innen zu gewinnen, realisiert sich bisher kaum. Die Analyse der Durchführungsschritte zeigt mehrere Gründe dafür auf. Erstens wird in der Vorbereitungsphase von digitalen Beteiligungsprojekten selten definiert, wer mit dem Projekt erreicht werden soll. Die Basis für eine gezielte Aktivierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen ist damit nicht gegeben. Zweitens wird in der Öffentlichkeitsarbeit zwar auf eine breite Streuung der Informationen geachtet, jedoch die Wahl der Kanäle nicht auf ihre Wirksamkeit überprüft. Wie bereits erwähnt, ist den Beteiligungskoordinator:innen bewusst, dass städtische Kanäle nur von wenigen Personen aktiv verfolgt werden, dennoch werden kaum weitere Kanäle für die Verbreitung von Beteiligungsprojekten bespielt. Drittens kann die Wahl der Methoden als Ursache für die niedrigen Beteiligungszahlen gesehen werden. Wie sich in vielen Beispielen gezeigt hat,

ist die Beteiligungsbereitschaft bei digitalen Projekten höher, wenn einerseits die Beteiligung wenig Zeit und Aufwand kostet und gleichzeitig eine gewisse Verbindlichkeit hinsichtlich der Folgen der Beteiligung besteht: Eine Abstimmung über zwei Gestaltungsvarianten des Hauptplatzes kann mehr Bürger:innen zur Teilnahme motivieren als ein offener Aufruf zur Stellungnahme über einen Bebauungsplan. Für die Wahl der Methode bedeutet dies, dass je mehr Gewicht der Stimme der Bürger:innen beigemessen wird, desto mehr Personen sind bereit, ihre Stimme abzugeben. Viertens kann auch die fehlende Auswertung und Evaluation der Beteiligungsprojekte als Ursache für niedrige Beteiligungszahlen genannt werden. Bislang haben die untersuchten Kleinstädte keine Informationen darüber, über welche Kanäle Beteiligte von einem Projekt erfahren, zu welchem Zeitpunkt diese partizipieren oder über welches Gerät. Eine Auswertung dieser Informationen kann dabei unterstützen, zukünftige Beteiligungsprojekte hinsichtlich Öffentlichkeitsarbeit und Zielgruppenansprache gezielter auszurichten und damit eine breitere Teilnehmendenschaft zu erreichen.

Die Instrumente zur Aktivierung von Bürger:innen sind vielfältig. Ein entscheidender Faktor besteht jedoch darin zu erkennen, dass digitale Partizipation nicht automatisch Verbreitung findet, sondern ebenso wie analoge Beteiligungsprojekte aktiv beworben und verbreitet werden muss.

Zielgruppensteuerung

Einzelne erfolgreiche Projekte in den untersuchten Kleinstädten zeigen, wie digitale Beteiligungsplattformen dafür genutzt werden, bestimmte Zielgruppen zu aktivieren oder eine besonders breite Zielgruppe zu erreichen. Beispiele sind die Einbindung des Jugendkommittees in die Erstellung von Projekten in Bad Dürkheim, eine Umfrage, die gezielt unter Eltern gestreut wurde oder die Nutzung vielfältiger Kanäle bei der Ankündigung des Beteiligungsprozesses in Hebertshausen (s. Liste aller durchgeführten Beteiligungsprojekte im Anhang). In der Breite der Projekte kann dieser erhoffte Vorteil digitaler Beteiligung jedoch noch nicht umgesetzt werden. Vielmehr folgen die Teilnehmender:innen in digitalen Beteiligungsprojekten häufig einem festen Muster. Erstens beteiligen sich oft dieselben Personen mehrmals, was besonders auffällt, wenn in Ideensammlungen wiederholt der gleiche Name unter Vorschlägen erscheint. Zweitens sind es häufig dieselben Bürger:innen, die auch bei analogen Beteiligungsveranstaltungen erscheinen, diese kennen die Beteiligungskordinator:innen häufig auch persönlich. Drittens zeigt sich wiederholt, dass bestimmte Personengruppen, seien es Anwohner:innen eines geplanten Bauvorhabens oder Vertreter:innen von Vereinen, ihre Interessen durch häufige Kommentare und ein überdurchschnittliches Engagement bei der Beteiligung nachdrücklich vertreten.

Viele der Gründe, die als Ursachen für niedrige Beteiligungszahlen genannt wurden, gelten auch hier. Dies schließt die fehlende Definition der anvisierten Zielgruppen in der Projektvorbereitung, die unzureichende Nutzung spezifischer Kommunikationskanäle in der Öffentlichkeitsarbeit sowie die mangelnde Anpassung der Formate an die Zielgruppen mit ein. Zusätzlich erweist sich die soziale Struktur in Kleinstädten als Faktor, der die Beteiligung der Bürger:innen an Projekten beeinflusst. Besonders in Kleinstädten, deren zugehörige Gemeinden räumlich weit voneinander entfernt sind, fühlen sich meist ausschließlich die Bewohner:innen des jeweiligen Gemeindegebietes von einem Projekt betroffen. Wenn ein Projekt auf eine spezifische Altersgruppe ausgerichtet ist, wird die Zielgruppe weiter eingeschränkt. Zudem beteiligt sich die Gruppe älterer Personen, die in Kleinstädten, insbesondere in ländlichen Regionen, überproportional vertreten ist, generell weniger an digitalen Projekten. Vermutlich resultiert dies aus dem begrenzten Zugang dieser Personengruppe zu digitalen Medien. Insgesamt ist der Pool der Teilnehmendenschaft von vornherein bereits eingeschränkt, die Anstrengung, diesen zu erweitern, umso größer. Die Hoffnung, dass digitale Beteiligung bestehende lokale Zugehörigkeiten und Hierarchien aufbrechen und insgesamt eine breitere Teilnahme im Vergleich zu analogen Projekten ermöglichen könnte, hat sich bisher nur in begrenztem Maße bestätigt.

Sorgfalt bei der Durchführung digitaler Projekte

Mit der Einführung einer digitalen Beteiligungsplattform geht ein Effizienzversprechen einher, das sich zwar teilweise bewahrheitet, teilweise aber auch dazu führt, dass digitale Projekte mit weniger Aufwand und Sorgfalt als analoge Projekte durchgeführt werden. Die in Aussicht gestellte Zeitersparnis manifestiert sich in einer verminderten Investition von Zeit und Ressourcen. Dies schlägt sich bereits in der häufig sehr pragmatischen Vorbereitung der digitalen Beteiligungsprojekte nieder, zeigt sich aber auch in der Begleitung und bei der Auswertung der Ergebnisse. Darüber hinaus ist die Vielfalt der eingesetzten Methoden und Umsetzungsideen bei digitalen Projekten deutlich eingeschränkter. Eine wesentliche Ursache dafür sind die fehlenden Zeit- und Personalressourcen, die für die Organisation von digitalen Beteiligungsprojekten zur Verfügung stehen. Darüber hinaus fehlt es häufig an Erfahrungen sowie Kenntnissen im Umgang mit digitalen Beteiligungsformaten bei den zuständigen Mitarbeiter:innen aus der Verwaltung. Eine weitere Ursache ist aber auch, dass von Seiten der Koordinator:innen den digitalen Projekten geringere Priorität und Wirksamkeit beigemessen wird. Für strategisch bedeutende Projekte werden analoge Verfahren bevorzugt und externe Büros zur Umsetzung beauftragt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass digitale Beteiligung einer Aufwertung und Gleichstellung mit analogen Projekten bedarf.

Personal- und Zeitmangel

Die Aufgaben im Bereich der digitalen Bürgerbeteiligung werden entweder durch bestehendes Personal oder durch die Schaffung neuer Personalstellen übernommen. Wird bestehendes Verwaltungspersonal mit digitaler Bürgerbeteiligung betraut, handelt es sich dabei immer um eine zusätzliche Aufgabe neben anderen Verantwortlichkeiten, die sich thematisch nur teilweise ergänzen (bspw. Verwaltungsdigitalisierung). Im Gegensatz zu Verwaltungen in größeren Städten sind zum einen die finanziellen Ressourcen, zum anderen aber auch die Auslastung für eine volle Stelle für Bürgerbeteiligung in Kleinstädten nicht gegeben. Werden neue Stellen geschaffen, geschieht dies häufig im Rahmen von Fördermaßnahmen (z.B. *LEADER* oder *Smart-City-Förderung*). Der Erhalt der Stelle über die Fördermaßnahme hinaus ist teilweise nicht, teilweise nur durch die Zusammenführung mit anderen Aufgabenbereichen möglich. Insgesamt sehen sich die Koordinator:innen einer Situation gegenüber, in der sie den digitalen Beteiligungsmaßnahmen nicht die Zeit und Aufmerksamkeit widmen können, die sie benötigen würden. Das führt einerseits zu Frustration bei den Zuständigen und andererseits leidet die Qualität der digitalen Beteiligungsprojekte darunter. Insbesondere zeitintensive Aufgaben wie die Moderation von Online-Diskussionen, die Zusammenfassung von Ergebnissen oder die nachträgliche Auswertung von Beteiligungsprojekten können nur mangelhaft oder mit Strategien umgesetzt werden, die zwar den Arbeitsaufwand aber dadurch auch die -qualität verringern (siehe Kapitel 5.6).

Unflexible Verwaltungsstrukturen und Arbeitsroutinen

Neben dem Personal- und Zeitmangel stellen Arbeitsroutinen in Verwaltungsstellen sowie abgeschlossene Kompetenzbereiche innerhalb der Verwaltung häufig eine Barriere bei der Umsetzung von digitalen Beteiligungsprojekten dar. In allen Beteiligungsprojekten besteht die Herausforderung, dass die koordinierende Person nicht über ausreichendes Fachwissen für die inhaltliche Bearbeitung von Projekten verfügt, wie beispielsweise das Beantworten von Fragen. Gleichzeitig haben Mitarbeitende in den Fachabteilungen zwar die Expertise, sind jedoch nicht für die Projektdurchführung verantwortlich. Beispiele für eine gelungene Verzahnung der unterschiedlichen Kompetenz- und Zuständigkeitsbereiche lassen sich kaum finden. Auch sind die Beteiligungskoordinator:innen häufig mit einem umfangreichen Aufgabenspektrum konfrontiert, für das vielen von ihnen das entsprechende Hintergrundwissen fehlt. Angefangen von der sensiblen Kommunikation und Moderation unter den Bürger:innen, über die Vermittlung zwischen Bürger:innen und Politik bis hin zur technischen Umsetzung der Projekte und der Analyse und Auswertung von Ergebnissen. Da das ursprüngliche Stellenprofil meist ein anderes war, werden diese Kompetenzen nur teilweise abgedeckt.

Darüber hinaus lässt sich eine umfassende Begleitung von digitalen Beteiligungsprojekten häufig schlecht mit einem regulären Verwaltungsjob vereinbaren. So müssen Bürgerkommentare auch nach Feierabend und am Wochenende bearbeitet werden, für Urlaubs- oder Krankheitstage muss eine Vertretung gefunden werden und die Koordinator:innen müssen in der Lage sein, sowohl kurzfristige Spitzenbelastungen während der aktiven Beteiligungsphase als auch Phasen der Inaktivität in ihren beruflichen Alltag zu integrieren. Dies sind Aufgaben, die oft nicht zum üblichen Arbeitsalltag von Verwaltungsmitarbeiter:innen passen und für die meist keine Unterstützung oder Vertretung zur Verfügung steht.

Fehlende Leitlinien und Qualitätskriterien

In den untersuchten Kleinstädten variieren die Vorgehensweisen bei der Planung, Umsetzung und Bewertung von digitalen Beteiligungsprojekten erheblich und sind stark von den Entscheidungen der jeweiligen Beteiligungskoordinator:innen abhängig. Vorgegebene Richtlinien oder standardisierte Qualitätsmaßstäbe existieren nicht. Dies stellt die Verantwortlichen vor erhebliche Herausforderungen, da sie in der Regel keine spezifische Schulung im Bereich digitaler Bürgerbeteiligung erhalten haben.

Schulungen und Unterstützung bei der Projektdurchführung werden in erster Linie von den Plattformbetreibern angeboten, bzw. ist es für die Beteiligungskoordinator:innen naheliegend, dort Unterstützung zu suchen. Diese Dienstleistungen sind jedoch häufig kostenpflichtig und konzentrieren sich hauptsächlich auf praktische Umsetzungstipps und technische Einführungen zur Nutzung der Plattform. Andere Beratungsanbieter, beispielsweise zivilgesellschaftliche Organisationen, sind weitgehend unbekannt. Angesichts begrenzter Zeitressourcen ist es herausfordernd sicherzustellen, dass alle Verantwortlichen eine umfassende Schulung in digitaler Bürgerbeteiligung durchlaufen. Infolgedessen wird die Bedeutung von leicht zugänglichen Ablaufplänen, Richtlinien und bewährten Praktiken umso größer.

7 Handlungsempfehlungen für Kommunen

1. Projektaufwand und -realisierbarkeit im Blick behalten

Bei der Planung von Beteiligungsprojekten sollten Kommunen immer abwägen, ob mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen eine angemessene Begleitung und Auswertung des Projekts realisierbar ist. Um Ressourcen zu sparen, ohne Abstriche in der Projektqualität zu machen, lassen sich verschiedene Hebel ansetzen. Erstens gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Betreuungsaufwandes bei digitalen Beteiligungsmethoden. Eine Umfrage mit geschlossenen Fragen kann beispielsweise effektiver sein als ein Aufruf zur Stellungnahme, wenn die Ressourcen begrenzt sind und niemand auf Kommentare von Bürger:innen eingehen kann. Zweitens kann auch durch die Beteiligungsplattform selbst Ressourceneinsatz optimiert werden. So bieten viele Plattformen automatisierte Dienste, etwa bei der Ergebnisauswertung oder der Kommunikation per E-Mail mit den Bürger:innen. Drittens besteht die Option zumindest einen Teil der Plattformbetreuung extern zu vergeben. Die oberste Priorität sollte stets auf einer qualitativ hochwertigen Betreuung entlang des gesamten Projektverlaufes liegen.

2. Fokus auf Beteiligungszahlen

Angemessene Beteiligungszahlen sind ein entscheidender Erfolgsfaktor für Beteiligungsprojekte. Ziel dabei ist nicht die Erreichung repräsentativer Zahlen, jedoch ist eine kritische Masse erforderlich, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund sollten Kommunen die Erhöhung der Teilnehmendenzahlen als vorrangige Zielsetzung gegenüber anderen Herausforderungen priorisieren. Hierfür stehen verschiedene Ansatzmöglichkeiten zur Verfügung und wertvolle Erkenntnisse können aus bereits durchgeführten Projekten gewonnen werden.

Entscheidend für die Steigerung der Teilnehmendenzahlen ist eine strategisch ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, eine präzise Kommunikation bezüglich des Themas und der Nutzung der Ergebnisse sowie die Auswahl der geeigneten Methodik. Viele Beispiele aus den untersuchten Kleinstädten zeigen, dass eine Verknüpfung von analogen und digitalen Methoden insgesamt eine hohe Teilnahmebereitschaft erzeugt. Aber auch ressourcenschonende Formate wie Umfragen oder Abstimmungen erzielen in der Regel höhere Teilnehmendenzahlen als offene Formate wie Ideensammlungen oder Diskussionsforen. Zusätzlich dazu können die Analysen der Nutzungsdaten wertvolle Einblicke in das Teilnahmeverhalten bieten und somit eine Grundlage für die strategische Planung zukünftiger, partizipationsstarker Projekte darstellen.

3. Verankerung von Leitlinien

Angeichts der begrenzten zeitlichen Ressourcen der Beteiligungskordinator:innen ist es zentral, ihnen Richtlinien für die Durchführung von digitalen Beteiligungsprojekten an die Hand zu geben. Das erleichtert einerseits die Organisation und Durchführung von Beteiligungsprojekten. Andererseits kann so sichergestellt werden, dass bestimmte Schritte im Beteiligungsprozess nicht vernachlässigt werden und somit eine Qualitätssicherung stattfindet. Beispiele für solche Leitlinien lassen sich in größeren Städten finden, werden aber auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung gestellt (z.B. Allianz Vielfältige Demokratie: 2017b). Mithilfe solcher Vorlagen können auch Verwaltungen kleinerer Städte effizient gemeinsame Richtlinien und Qualitätsstandards etablieren, ohne übermäßig eigene Ressourcen aufwenden zu müssen.

4. Auswertung von Nutzungsdaten

In der Auswertung von Nutzungsdaten liegt ein zentrales Potenzial digitaler Beteiligungsplattformen, das aktuell noch kaum ausgeschöpft wird. Zum einen können Nutzungsdaten, die häufig über das Backend der Plattformen zugänglich sind, für die Aufbereitung der Ergebnisse einen Mehrwert darstellen. Zum anderen sind Nutzungsdaten eine wesentliche Informationsquelle für die Ausrichtung zukünftiger Projekte. Beispiele dafür wurden im Rahmen dieser Studie bereits einige genannt (s. Kapitel 5.6).

Eine klare Grenze hinsichtlich der Auswertungsmöglichkeiten dieser Daten bildet der Datenschutz. Obwohl Tools wie Google Analytics äußerst aussagekräftige Ergebnisse liefern könnten, ist ihre Verwendung im Kontext von Beteiligungsplattformen nicht zulässig. Für die Auswertung von Nutzungsdaten müssen also Webanalyse-Tools genutzt werden, die datenschutzkonform konzipiert sind. Das ist der Fall, wenn die Anbieter der Beteiligungsplattformen eigene Analysewerkzeuge bereitstellen. Darüber hinaus erfordert die Analyse von Nutzungsdaten bestimmte Kompetenzen und Ressourcen seitens der Verantwortlichen, die nicht immer in ausreichendem Maße vorhanden sind. Hier kann es sinnvoll sein, punktuell in Unterstützung und Wissensvermittlung durch die Plattformanbieter zu investieren.

5. Nutzung von Unterstützungsstrukturen von Bund und Ländern

Der Markt an Beteiligungsplattformen ist groß und die Bandbreite an digitalen Tools und Formaten unüberschaubar. Bei begrenzten Ressourcen und Fachwissen stellt dies Kleinstädte vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere bei der Auswahl einer Plattform, aber auch bei der Durchführung von Projekten. Bei der Suche nach Hilfestellung sehen sich Beteiligungsbeauftragte einer unübersichtlichen Landschaft von kommerziellen, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren gegenüber. Eine entscheidende Erleichterung sind hierbei Hilfsstrukturen und Angebote, die von Seiten des Bundes oder der Länder zur Verfügung gestellt werden. In den Bundesländern, in denen bereits eine zentrale Beteiligungsplattform zur Verfügung gestellt wird (Sachsen und Nordrhein-Westfalen) wird dies als massive Erleichterung empfunden, da diese nicht nur die Auswahl der Plattform vereinfachen, sondern auch Beratung und Servicedienstleistungen in der Umsetzung von Projekten zur Verfügung stellen. Gegenüber kommerziellen Anbietern besteht hier der Vorteil, dass diese Dienstleistungen kostenfrei sind und den Kommunen der Recherche- und Auswahlprozess erspart wird. Auch in den Bundesländern, in denen noch keine zentrale Beteiligungsplattform angeboten wird, existieren häufig kommunale Kompetenzzentren für Digitalisierung, die als einheitliche Ansprechpartner fungieren. Diese sollten immer die erste Anlaufstelle im Rahmen digitaler Beteiligungsvorhaben sein, um Rechercheaufwand und Kosten zu sparen.

8 Fazit

Viele Kleinstädte haben sich auf den Weg gemacht, digitale Beteiligungsformate in ihre bestehende Beteiligungspraxis zu integrieren und somit die demokratische Teilhabe einer breiteren Bevölkerung zu ermöglichen. In allen untersuchten Kleinstädten hat die Einführung einer digitalen Beteiligungsplattform das Thema Bürgerbeteiligung neu auf die Agenda gebracht und insgesamt zu einer Zunahme an umgesetzten Beteiligungsvorhaben geführt.

Aktuell stehen Kleinstädte jedoch noch am Anfang der Etablierung einer digitalen Beteiligungskultur und es gilt auszuloten, was sich längerfristig als Mehrwert von digitalen Plattformen erweist und wie dieser ausgeschöpft werden kann. Die Ergebnisse dieser Studie leisten einen wesentlichen Beitrag dazu. Es konnte aufgezeigt werden, wie Kleinstädte digitale Plattformen in einzelnen Bereichen bereits gewinnbringend einsetzen: So wird deutlich, dass digitale Plattformen erhebliche Vorteile bei der Bereitstellung von Informationen zu städtischen Vorhaben und der Dokumentation von Beteiligungsprozessen bieten. Einerseits ermöglichen es Beteiligungsplattformen zentral und niedrigschwellig Bürger:innen zu informieren, komplizierte Sachverhalte anschaulich zu erläutern und auch in vermeintlich ruhigen Projektphasen die Bürger:innen darüber auf dem Laufenden zu halten, was hinter den Kulissen passiert. Auf der anderen Seite können Bürger:innen diese Informationen einfach abrufen und den Entstehungskontext sowie den Entscheidungshergang eines Projekts nachvollziehen. Die Plattform als zentraler Informationskanal hat sich in allen untersuchten Kleinstädten bereits bewährt.

Gleichzeitig sehen sich Kleinstädte noch mit vielen Herausforderungen bei der Umsetzung digitaler Beteiligungsformate konfrontiert und viele der vermeintlichen Vorteile digitaler Beteiligung realisieren sich noch nicht. Eine der zentralen Schwierigkeiten besteht darin, eine ausreichend viele und diverse Teilnehmende zu erreichen. Dies erfordert eine strategische Öffentlichkeitsarbeit, eine gezielte Ansprache spezifischer Zielgruppen sowie die Wahl von Beteiligungsmethoden, die den Bürger:innen echte Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumen. Auch die Auswertung vergangener Beteiligungsprojekte kann dabei unterstützen, die Ausgestaltung zukünftiger Projekte besser auf bestimmte Zielgruppen zuzuschneiden. Darüber hinaus ist in Anbetracht der niedrigen Teilnehmendenzahlen bei manchen der durchgeführten Projekte die Frage legitim, ob sich das Thema des Projekts überhaupt für eine Beteiligung eignet. Hier ist einerseits die kritische Reflexion von Projekten und andererseits eine Optimierung der Ausgestaltung zentral. Bürgerbeteiligung, bei der am Ende kaum jemand partizipiert, schafft nicht nur überflüssige Arbeit, sondern untergräbt deren eigentlichen Zweck.

Neben den Herausforderungen im Umsetzungsprozess von Beteiligungsprojekten erschweren insbesondere strukturelle Faktoren die Realisierung von digitalen Beteiligungsprojekten. Das größte Problem ist hierbei die knappe Ressourcenlage in Kleinstädten, sowohl finanzieller als auch personeller Natur. Es ist anzunehmen, dass die Situation in den untersuchten Kleinstädten diesbezüglich besser ist, als in vielen anderen Kleinstädten, da gezielt Kleinstädte ausgewählt wurden, die bereits umfassend digitale Beteiligungsprojekte realisieren. Viele Kleinstädten nehmen Bemühungen, neue Beteiligungsformate zu etablieren, auf Grund fehlender Kapazitäten und anderer Prioritäten erst gar nicht auf.

Die Hoffnung, dass digitale Beteiligung einer überlasteten Verwaltung die Umsetzung von Bürgerbeteiligung erleichtern könnte, realisiert sich bisher noch nicht. Vielmehr zeigt sich, dass für die sorgfältige Planung und Umsetzung von hochwertigen Beteiligungsprozessen zunächst mehr Zeit investiert werden müsste, einerseits für die praktische Planung, Umsetzung und Auswertung, andererseits aber auch für die Entwicklung von Leitlinien oder Qualitätsstandards. Diese könnten dabei unterstützen, ein geteiltes Verständnis sowie Ziele zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Bezug auf Beteiligungsprozesse zu etablieren sowie einen Leitfaden für die Durchführung von Beteiligungsprozessen zu erstellen.

Eine wesentliche Unterstützung bei einer solchen Entwicklung von Standards aber auch bei der Durchführung von Projekten können Angebote von Bund und Ländern sein. Das zeigt sich dort, wo sich solche Unterstützungsstrukturen bereits etabliert haben. In Nordrhein-Westfalen und Sachsen werden beispielsweise von den Bundesländern Beteiligungsplattformen zur Verfügung gestellt, in anderen Bundesländern erhalten Kommunen Beratung von Landesseite. Als zentrale, öffentliche Anlaufstelle für Beratungs- und Servicedienstleistungen haben diese gegenüber kommerziellen Anbietern den Vorteil, dass die Dienste kostenfrei zur Verfügung stehen und überregional Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Längerfristig betrachtet sind digitale Formen der Beteiligung als zeitgemäße und niedrighschwellige Form von Beteiligung nicht aus der Beteiligungslandschaft wegzudenken. Je länger sich eine digitale Beteiligungspraxis etabliert, desto besser lässt sich einzuschätzen, wie diese im Zusammenspiel mit analogen Formaten Beteiligungsprozesse insgesamt bereichern können. Dabei gilt für digitale Beteiligungsplattformen ähnlich wie für andere digitale Anwendungen: Der Einsatz einer Beteiligungsplattform ist kein Selbstzweck. Nach wie vor muss abgewogen werden, für welche Themen, Zielgruppen oder Phasen in Entscheidungsprozessen die Einbeziehung von Bürger:innen in städtische Vorhaben gewinnbringend ist und zur Stärkung einer gemeinschaftlichen Stadtentwicklung beiträgt. Dabei sollten digitale und analoge Formen der Beteiligung nicht als Gegensatz betrachtet, sondern als gegenseitige Ergänzung und Bereicherung angesehen werden.

Literaturverzeichnis

- Allianz Vielfältige Demokratie (Hrsg.) (2017a): *Bürgerbeteiligung in Kommunen verankern. Leitlinien, Mustersatzung und Praxisbeispiele für ein verlässliches Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft*, Gütersloh/Berlin.
- Allianz Vielfältige Demokratie (Hrsg.) (2017b): *Qualität von Bürgerbeteiligung. Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen*, Gütersloh/Berlin.
- Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder Of Citizen Participation, in: *Journal of the American Institute of Planners*, 35 (4), S. 216–224, doi: [10.1080/01944366908977225](https://doi.org/10.1080/01944366908977225).
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.) (2014): *Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor*, Berlin.
- Cetin, Fatma; Braun, Steffen; Polst, Svenja; u. a. (2021): *Abschlussbericht für die Begleitforschung zum Landeswettbewerb »Digitale Zukunftskommune@bw«*, (Abschlussbericht) Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO, doi: [10.13140/RC.2.2.27694.23364](https://doi.org/10.13140/RC.2.2.27694.23364).
- CitizenLab (2022): *Der Einsteiger-Guide in die digitale Bürgerbeteiligung*, Brüssel.
- Dehne, Peter; Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen (Hrsg.) (2018): Kooperative Kleinstadtentwicklung. Eine Annäherung., in: *Kleinstädte. Chancen, Dynamiken, Potenziale*, (IzR Informationen zur Raumentwicklung), (6), S. 86–101.
- Dehne, Peter (2021): Zwischen Government und Governance – Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten, in: Annett Steinführer, Lars Porsche, Martin Sondermann, u. a. (Hrsg.), *Kompodium Kleinstadtforschung*, Hannover: ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Forschungsberichte der ARL), S. 102–122.
- Gilroy, Patrick; Krimmer, Holger; Priemer, Jana; u. a. (2018): *Vereinssterben in ländlichen Regionen – Digitalisierung als Chance*, Berlin: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.
- Höcke, Christian; Barahona, Duncan (2022): *Bürgerbeteiligung in kleinen Städten*, (Nr. 03/2022) (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung).
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (2023): Online-Bürgerbeteiligung verstehen, [online] <https://www.politische-bildung.nrw.de/digitale-medien/digitale-demokratiekompetenz/online-buergerbeteiligung/verstehen#c2399> [25.09.2023].
- Luckmann, Benita (1970): *Politik in einer deutschen Kleinstadt: mit 71 Tabellen*, Stuttgart: Enke (Soziologische Gegenwartsfragen).
- Maaß, Anita (2018): (Aktivierende) Stadtplanung und Governance., in: *Informationen zur Raumentwicklung*, (6), S. 112–117.
- Markscheffel, Florian; Graef, Marie (2021): *Großes Potential in kleinen Mittelstädten? Kommunale Beteiligungspraxis zwischen gewachsenen Ansprüchen und begonnenen Aufbrüchen.*, (Nr. 11/2021) (eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft).
- O. A. (2018): Bürgerbeteiligung, *KommunalWiki*, [online] <https://kommunalwiki.boell.de/w/index.php?title=B%C3%BCrgerbeteiligung&oldid=12638> [25.09.2023].
- Porsche, Lars; Sondermann, Martin; Steinführer, Annett (2021): Jenseits der „Aufmerksamkeitslücke“ – was wir bisher über Kleinstädte (nicht) wissen, in: Annett Steinführer, Lars Porsche, Martin Sondermann, u. a. (Hrsg.),

Kompendium Kleinstadtforschung, Hannover: ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Forschungsberichte der ARL), S. 314–338.

Ross, Helen; Baldwin, Claudia; Carter, R. W. (Bill) (2016): Subtle implications: public participation versus community engagement in environmental decision-making, in: *Australasian Journal of Environmental Management*, 23(2), S. 123–129, doi: [10.1080/14486563.2016.1194588](https://doi.org/10.1080/14486563.2016.1194588).

Schenkel, Kerstin; Großmann, Kathrin (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen potenzial- und problemheuristiken, in: Annett Steinführer, Lars Porsche, Martin Sondermann, u. a. (Hrsg.), *Kompendium Kleinstadtforschung*, Hannover: ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Forschungsberichte der ARL).

Schweizer-Ries, Petra (2010): *Aktivität und Teilhabe–Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern.*, (Projektabschlussbericht) Berlin/Magdeburg: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Sommer, Jörg (2023): *Das magische Dreieck: Engagement, Ehrenamt, Beteiligung. Moderne Teilhabe im ländlichen Raum*, (Nr. 01/2023) (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung).

Wohlfeld, Sarah; Hüsson, Falco; Gagné, Jérémy (2023): *Mehr Erreichen: Impulse für eine breitere Bürgerbeteiligung vor Ort*, (Impulspapier) Berlin: More in Common, Initiative Offene Gesellschaft.

Anhang

Liste aller digitalen Beteiligungsverfahren der untersuchten Kleinstädte

Stadt	Beteiligungsformat	Thema	Zeitraum (ca.)	Beteiligungszahl
Merzenich	Umfrage	Umfrage zur Wohngebietsentwicklung in Girkelsrath	10.08.23 - 17.09.23	89 Teilnehmende
Merzenich	Dialog	Projektplan zur Neugestaltung des Pfarrgartenareals in Golzheim	11.08.2022 - (laufend)	n.a.
Merzenich	Verfahren	Änderungen des Planfeststellungsantrages zur Erweiterung des Tagebaus "Golzheim"	09.12.22 - 13.01.23	0 Teilnehmende
Merzenich	Dialog	Beteiligung am Strukturkonzept und der Rahmenplanung Merzenich	18.08.22 - 25.09.22	0 Teilnehmende
Merzenich	Veranstaltung	Auftaktforum und Spaziergang: Strukturkonzept und städtebauliche Rahmenplanung	01.09.22	n.a.
Merzenich	Dialog	Projektplan zur Neugestaltung des Pfarrgartenareals in Golzheim	11.08.22 - (laufend)	n.a.
Merzenich	Bauleitplan	Bebauungsplan C2a "Poolplatz"	25.07.22 - 25.08.22	16 Stellungnahmen
Merzenich	Bauleitplan	Bebauungsplan C8 3. Änderung "Sportplatz Distelrather Weg"	25.07.22 - 25.08.22	0 Stellungnahmen
Merzenich	Meldeverfahren	Stellungnahme zur Gestaltung des Pfarrgartenareals Golzheim	24.05.22 - 12.06.22	0 Teilnehmende
Merzenich	Umfrage	Umfrage zur Bewertung dieses Beteiligungsformates	09.05.22 - 31.05.22	n.a.
Merzenich	Umfrage	Neuer Spielplatz im Merzpark	28.04.22 - 20.05.22	155 Teilnehmende
Merzenich	Umfrage	Unterstützung bei der Einzelhandelsuntersuchung	22.04.22 - 15.05.22	n.a.
Merzenich	Meldeverfahren	Neuaufstellung Regionalplan Köln	22.04.22 - 19.05.22	0 Teilnehmende
Merzenich	Verfahren	Erweiterung des Tagebaus „Golzheim“	26.07.21 - 20.09.21	1 Stellungnahme
Merzenich	Umfrage	Fragebogen zur Digitalisierung in der Offenen Jugendarbeit	01.04.22 - 26.04.22	76 Teilnehmende
Merzenich	Veranstaltung	Gemeinderat, 5. Sitzung	01.07.21	n.a.
Merzenich	Veranstaltung	Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Strukturentwicklung, 4. Sitzung	19.08.21	n.a.
Merzenich	Veranstaltung	Bau-, Planungs- und Umweltausschuss, 5. Sitzung	26.08.21	n.a.
Merzenich	Veranstaltung	Ausschuss für Soziales, Schule, Sport und Kultur, 4. Sitzung	16.09.21	n.a.
Merzenich	Veranstaltung	Haupt- und Finanzausschuss, 6. Sitzung	23.09.21	n.a.
Merzenich	Veranstaltung	Haupt- und Finanzausschuss, 5. Sitzung	10.06.21	n.a.
Merzenich	Veranstaltung	Ausschuss für Soziales, Schule, Sport und Kultur, 3. Sitzung	17.06.21	n.a.
Merzenich	Veranstaltung	Bau-, Planungs- und Umweltausschuss, 4. Sitzung	20.05.21	n.a.
Merzenich	Terminvereinbarung	Ausstellung Abschlussarbeiten "Ort der Zukunft"	12.04.21 - 30.04.21	n.a.
Merzenich	Umfrage	Neuer Spielplatz "Im Ehrenfeld"	27.03.21 - 30.04.21	54 Teilnehmende

Stadt	Beteiligungs-format	Thema	Zeitraum (ca.)	Beteiligungs-zahl
Merzenich	Umfrage	Morschenich-Alt macht sich auf den Weg zum „Ort der Zukunft“	12.03.21 - 30.04.21	344 Teilneh-mende
Merzenich	Umfrage	Waldvernetzung und Waldgesundheit am Bürgewald „Grüne Linie“	12.03.21 - 30.06.21	96 Teilnehmende
Bad Dürkheim	Ideeneinreichung	1.000 Jahre Kloster Limburg Jubiläum	19.07.23 - 15.11.23	1 Teilnehmende*r
Bad Dürkheim	Informationsan-gebot	Gewerbegebietserweiterung: Ansied-lungsinteresse Vulcan Energie Ressourcen GmbH	16.05.23 - 19.07.23	n.a.
Bad Dürkheim	Fragen/Dialog	Gewerbegebietserweiterung: Ansied-lungsinteresse Vulcan Energie Ressourcen GmbH	n.a.	4 Teilnehmende
Bad Dürkheim	Veranstaltung	Podiumsdiskussion zur Bürgermeister-wahl	01.06.23 - 24.06.23	17 Teilnehmende
Bad Dürkheim	Ideeneinreichung	Jugendkongress 2023	01.05.23 - 30.07.23	5 Teilnehmende
Bad Dürkheim	Bedarfsermitt-lung	Betreuungsangebote an den Grund-schulen in Bad Dürkheim ab dem Schul-jahr 2026/27	30.03.23 - 30.04.23	337 Teilneh-mende
Bad Dürkheim	Veranstaltung	Dorfmoderation Ungstein	28.02.23	n.a.
Bad Dürkheim	Informationsan-gebot	Stadtleitbild Bad Dürkheim	n.a.	n.a.
Bad Dürkheim	Veranstaltung	Bad Dürkheimer Persönlichkeiten im Nationalsozialismus: Umbenennung von drei Straßen	19.01.23	n.a.
Bad Dürkheim	Fragen/Dialog	Bad Dürkheimer Persönlichkeiten im Nationalsozialismus: Maler-Ernst-Straße	n.a.	4 Teilnehmende
Bad Dürkheim	Fragen/Dialog	Bad Dürkheimer Persönlichkeiten im Nationalsozialismus: Karl-Räder-Allee	n.a.	8 Teilnehmende
Bad Dürkheim	Fragen/Dialog	Bad Dürkheimer Persönlichkeiten im Nationalsozialismus: Philipp-Fauth-Straße	n.a.	6 Teilnehmende
Bad Dürkheim	Informationsan-gebot	Mängelmelder	n.a.	n.a.
Bad Dürkheim	Offene Sprech-stunde	Sommertour „Bürgermeister vor Ort“	02.06.22 - 25.08.22	n.a.
Bad Dürkheim	Umfrage	Gestaltung des Frühlingsempfangs	05.22	31 Teilnehmende
Amt Hüttener Berge	Anregungen/Fra-gen	Groß Wittensee: Bebauungsplan mit Neubau von Schule und Turnhalle sowie Wohnbebauung	09.03.22 - 30.04.22	7 Beiträge
Amt Hüttener Berge	Anregungen/Fra-gen	Borgstedt: Solarpark an der A7	09.03.22 - 01.05.22	6 Beiträge
Amt Hüttener Berge	Umfrage	Tourismus in den Hüttener Bergen	09.03.22 - 30.04.22	14 Teilnehmende
Amt Hüttener Berge	Brainstorming	Amt Hüttener Berge: Attraktionen in den Hüttener Bergen in die Karte einzeich-nen	09.03.22 - 30.04.22	7 Beiträge
Amt Hüttener Berge	Umfrage	Bünsdorf: Wohngebietsentwicklung "Au-enland": Welche Konzepte entsprechen Ihren Vorstellungen?	14.04.22 - 31.05.22	22 Teilnehmende
Amt Hüttener Berge	Text diskutieren	Bünsdorf: Wohngebietsentwicklung "Au-enland": Anregungen zu den Entwürfen und im Allgemeinen	14.04.22 - 31.05.22	4 Beiträge
Amt Hüttener Berge	Anregungen/Fra-gen	Owschlag: PV-Standortkonzept der Ge-meinde Owschlag	28.04.22 - 28.05.22	17 Beiträge
Amt Hüttener Berge	Anregungen/Fra-gen	Haby: Solarpark in der Gemeinde Haby	16.05.22 - 08.06.22	5 Beiträge
Amt Hüttener Berge	Anregungen/Fra-gen	Ascheffel: Wohnbaugebiet in der Ge-meinde Ascheffel	28.06.22 - 01.08.22	4 Beiträge

Stadt	Beteiligungsformat	Thema	Zeitraum (ca.)	Beteiligungszahl
Amt Hüttener Berge	Veranstaltung	Owschlag Flächenentwicklungskonzept: Einwohnerversammlung	28.04.22	n.a.
Amt Hüttener Berge	Umfrage	Owschlag Flächenentwicklungskonzept: Online-Beteiligung	27.08.22 - 31.10.22	29 Teilnehmende
Amt Hüttener Berge	Veranstaltung	Owschlag Flächenentwicklungskonzept: Auftaktworkshop	27.08.22	n.a.
Amt Hüttener Berge	Veranstaltung	Owschlag Flächenentwicklungskonzept: Vertiefungsworkshop Siedlungsentwicklung und Gewerbe	06.10.22	n.a.
Amt Hüttener Berge	Veranstaltung	Owschlag Flächenentwicklungskonzept: Vertiefungsworkshop Ressourcengewinnung & regenerative Energien	03.11.22	n.a.
Amt Hüttener Berge	Anregungen/Fragen	Sehestedt: Bebauungsplan Nr. 8 - Wohngebiet Sehestedt-Süd	27.04.23 - 28.05.23	19 Beiträge
Guben	Diskussion	Guben Cockpit	04.09.23 - 08.09.23	3 Beiträge
Guben	Diskussion	Herausforderungen und Chancen im Bereich Kultur & Soziales	04.09.23 - 08.09.23	2 Beiträge
Guben	Diskussion	Namensfindung Smart City Büro	04.09.23 - 08.09.23	2 Beiträge
Guben	Diskussion	Daseinsvorsorge in Guben: Vernetzung & Versorgung	04.09.23 - 08.09.23	0 Beiträge
Hebertshausen	Digitale Ideenwand	Quartiersentwicklung des Areals der alten Holzschleifrei	11.2022	16 Beiträge



Sollten Sie Fragen haben, schreiben Sie
uns gerne eine E-Mail unter folgende Adresse:
info@hckf.de



Besuchen Sie auch gerne unsere Homepage für weiter
Informationen unter: www.hckf.de



neuland21 e.V.
Hanna Kribbel
hanna.kribbel@neuland21.de